

Stenografični zapisnik

trinajste seje

deželnega zbora kranjskega

v Ljubljani

dné 7. oktobra 1. 1882.

Nazoči: Prvosednik: Deželni glavar Gustav grof Thurn-Valsassina. — Vladina zastopnik: Deželni predsednik Andrej Winkler in vladni tajnik grof Anton Pace. — Vsi članovi razun: knezoškof dr. Pogačar, baron Apfaltrern, Kobler in Pfeifer.

Dnevni red:

1. Branje zapisnika o seji dné 6. oktobra 1. 1882.
2. Naznanila deželno-zbornega predsedstva.
3. Ustna poročila finančnega odseka:
 - a) o prošnji občine Vipavske za podporo v namen obrambe vodá;
 - b) o poročilu c. kr. okrajnega glavarstva Postojnskega glede podpore za most v Jami;
 - c) o prošnji učitelja Matija Ranta na Premu za dovolitev 2. starostne doklade;
 - d) o prošnji podpiralnega društva modroslovcev na Dunajski univerzi za podporo.
4. Poročilo finančnega odseka glede nove zgradbe deželnega muzeja. (Priloga 48.)
5. Ustna poročila upravnega odseka:
 - a) o pritožbi občine Črnomaljske zoper deželno-odborni odlok zastran preskrbljevanja Frančiška Kolbezna;
 - b) o deželno-odborni predlogi št. 33. glede vzdržavanja Grosupelj-Krške ceste.
6. Ustna poročila peticijskega odseka:
 - a) o prošnji občine Dol zastran podpore za zgradbe v obrambo bregov;
 - b) o prošnji prisilne delalnice paznika Dobnikar-ja za vstitev nekih emolumentov, kadar bode provizioniran;
 - c) o prošnji Janeza Ranta in družnikov iz Martinjega Vrha za povrnitev nekih gozdnih pravic.
7. Ustno poročilo finančnega odseka:
 - a) o prošnji bolnišničnega kontrolorja Gabriela Urbasa za povečanje petletnic;
 - b) o prošnji deželnega računovodja Martina Ivanetiča za odpust.

Obseg: Glej dnevni red.

Seja se začne ob 15. minuti čez 10. uro.

Stenographischer Bericht

der dreizehnten Sitzung

des krainischen Landtages

zu Laibach

am 7. Oktober 1882.

Anwesende: Vorsitzender: Landeshauptmann Gustav Graf Thurn-Valsassina. — Vertreter der k. k. Regierung: Landespräsident Andreas Winkler und der Regierungsekretär Graf Anton Pace. — Sämmtliche Mitglieder mit Ausnahme von: Fürstbischof Dr. Pogačar, Freiherr v. Apfaltrern, Kobler und Pfeifer.

Tagesordnung:

1. Lesung des Sitzungsprotokolls vom 6. Oktober 1882.
2. Mittheilungen des Landtagspräsidiums.
3. Mündliche Berichte des Finanzausschusses:
 - a) über die Petition der Gemeinde Wippach um eine Wasser-schutz-Bausubvention;
 - b) über das Einschreiten der k. k. Bezirkshauptmannschaft Adelsberg um eine Subvention für die Brücke in Lueg;
 - c) über das Gesuch des Lehrers Mathias Rant in Prem um Zuerkennung der 2. Dienstalterszulage;
 - d) über das Subventionsgesuch des Philosophen-Unterstützungs-vereines an der Wiener Universität.
4. Bericht des Finanzausschusses, betreffend den Neubau des Landesmuseums. (Beilage 48.)
5. Mündliche Berichte des Verwaltungsausschusses:
 - a) über die Beschwerde der Gemeinde Tschernembl gegen ein Landesausschuß-Erkenntniß, betreffend die Versorgung des Franz Kohlbein;
 - b) über die Landesausschußvorlage Nr. 33, betreffend die Erhaltung der Großlup-Oburgurker Straße.
6. Mündliche Berichte des Petitionsausschusses:
 - a) über das Gesuch der Gemeinde Dol um Subvention für Uferschutzbauten;
 - b) über das Gesuch des Zwangsarbeitshaus-Aufsehers Dobnikar um Einrechnung seiner Emolumente bei eventueller Provisionirung;
 - c) über die Petition des Johann Rant und Genossen von Martinjivrh wegen Rückerlangung einiger Waldbrechte.
7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses:
 - a) über das Gesuch des Spitalskontrolors Gabriel Urbas um Erhöhung seiner Quinquennalszulagen;
 - b) über das Urlaubsgesuch des Landesbuchhalters Martin Ivanetič.

Inhalt: Siehe Tagesordnung.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 15 Minuten.

1. Branje zapisnika o seji dné 6. oktobra 1. 1882.

1. Vesung des Sitzungsprotokolles vom 6. Oktober 1882.

Landeshauptmann:

Ich constatire die Beschlußfähigkeit des hohen Hauses, eröffne die Sitzung und ersuche den Herrn Schriftführer das Protokoll der letzten Sitzung zu verlesen.

(Zapisnikar prebere zapisnik zadnje seje v nemškem jeziku — Der Schriftführer verliest das Protokoll der letzten Sitzung in deutscher Sprache.)

Wenn gegen die Fassung des eben verlesenen Protokolles keine Einwendung erhoben wird (Nihče se ne oglasi — Niemand meldet sich), so erkläre ich dasselbe für genehmiget.

Wir kommen sofort zum dritten Gegenstande der Tagesordnung.

3. Ustna poročila finančnega odseka:

a) o prošnji občine Vipavske za podporo v namen obrambe vodâ.

3. Mündliche Berichte des Finanzausschusses:

a) über die Petition der Gemeinde Wippach um eine Wasserschuh-Bausubvention.

Berichterstatter Dr. Schaffer:

Die Angelegenheit der Regulirung der Flußläufe im Wippacher Thale, die bereits eine kleine Geschichte hat, ist den verehrten Herren Abgeordneten aus den Verhandlungen früherer Landtags-Sessionen bekannt; das jetzige Stadium derselben insbesondere aus den Mittheilungen, welche in dieser Beziehung im Rechnungsfahrtsberichte Seite 29 und 31 enthalten sind. Der Stand der Dinge ist augenblicklich der, daß man vom ursprünglichen ganzen Projekte, welches über damaliges Drängen der Interessenten angefertigt wurde, für welches aus dem Landesfonde der Betrag pr. 800 fl. ursprünglich vorschußweise bewilligt worden ist, nämlich vom Projekte des Ingenieurs Klemenčič, welcher den Kostenaufwand für diese Regulirung auf ungefähr 200.000 fl. veranschlagte, abgegangen ist. Allein auch beim speziellen Objekte, nämlich bei der Regulirung des Bela-Baches, bei welcher die Herstellung von vier Thalsperren in erster Linie als nothwendig erklärt wurde, sind mittlerweile große Veränderungen eingetreten. Man hat auch diese Thalsperren nicht sämmtlich als nothwendig anerkannt, und heute geht die Tendenz dahin, daß man sich mit der Ausführung einer Mauer gegen Wippach hin begnügen will. Die finanzielle Seite der Angelegenheit läßt sich im Wesentlichen dahin zusammenfassen, daß für die bisherigen Arbeiten 8000 fl. ausgegeben wurden, wovon 5000 fl. auf Staats-Subvention entfallen, 1900 fl. dafür vom Lande verausgabt worden sind, und 1100 fl. entfallen auf den aus Landesmitteln vorschußweise gegebenen Betrag.

In dieser Angelegenheit ist nun neuerlich an den hohen Landtag eine Petition der Gemeinde Wippach

eingelangt, welche eben den Gegenstand der derzeitigen Berathung des hohen Hauses bildet. In dieser Petition, die sehr ausführlicher Natur ist, werden schließlich eine Reihe von Ansuchen an den hohen Landtag gestellt; die wesentlichen sind folgende: Zuerst wird gebeten, daß der Betrag von 1100 fl., welcher laut Landtagsbeschlusses vom 22. Oktober vorigen Jahres als ein in drei Raten rückzahlbarer Vorschuß aus Landesmitteln geleistet wurde, ganz nachgesehen werden möge. In zweiter Linie wird gebeten, daß ein Betrag von 1700 fl., der bei der Regulirung des Bela-Baches aus den bisherigen Unterstützungsgeldern erspart worden ist, nunmehr zu diesen neuen Arbeiten verwendet werden dürfe. Und in dritter Linie: man möge aus dem Landesfonde für dieses nunmehrige Projekt eine neuerliche Unterstützung von 5056 fl. bewilligen. Schließlich wird noch ersucht, daß der Landesauschuß sich auch an die Regierung wenden möge, um wiederholt die Dringlichkeit einer Regulirung der Wasserläufe im Wippacher Thale ihr an's Herz zu legen und dieselbe um ein thatsächliches Einschreiten, beziehungsweise um ihre Unterstützung zu ersuchen.

Der Finanzauschuß hat den Gegenstand einer eingehenden Berathung unterzogen, und seine Ueberzeugung war die, daß eigentlich kein Anlaß mehr wäre, vorläufig neuerliche Opfer für diese Regulirung zu bringen, für welche der Staat sowohl als das Land bereits verhältnißmäßig außerordentlich große Leistungen aufgewendet haben, für welche aber von Seite der Interessenten, außer einigen Robotleistungen, bisher noch gar nichts aufgebracht worden ist. Allein in ganz ausnahmsweiser Berücksichtigung der Nothlage, in welche die dortige Bevölkerung durch wiederholte Hagelschläge gekommen ist, glaubt der Finanzauschuß doch weitergehen zu sollen und abermals dem hohen Hause eine Unterstützung für diese Angelegenheit dahin beantragen zu sollen, daß der Vorschuß von 1100 fl., welcher ausbezahlt worden ist und den die Gemeinde in den Jahren 1882, 1883 und 1884 rückzahlen hätte, abgeschrieben werden soll. Neuerliche Geldmittel des Landes derzeit flüssig zu machen erachtete der Finanzauschuß nunmehr für unzulässig, als ja dadurch, daß dieser Vorschuß abgeschrieben werden wird, die Gemeinden nicht genöthigt sind, für diese drei Jahre zu diesem Zwecke Umlagen auszuscheiden, und als dadurch die Steuerkraft der Interessenten in entsprechendem Maße frei wird, um eventuell Barmittel für den Regulirungszweck aufzubringen. Außerdem meinte der Finanzauschuß, daß zu hoffen ist, daß die hohe Regierung die Aufmerksamkeit und Unterstützung, welche sie bis jetzt dieser Angelegenheit gewidmet hat, auch weiters gewähren und bereit sein wird, auch künftig noch einen gewissen Beitrag zu leisten.

Die Anträge, welche der Finanzauschuß in Zusammenfassung der von mir hier kurz begründeten Erwägungen stellt, gehen also dahin (bere — liest):

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der mit dem Landtagsbeschlusse vom 22. Oktober 1881 der Gemeinde Wippach, beziehungsweise den übrigen an der Regulirung der Flußläufe im Wippacher Thale interessirten Gemeinden zum gedachten Zwecke als ein in drei Jahren rückzahlbarer Vorschuß aus dem Landesfonde bewilligte und seither ausbezahlte Betrag von 1100 fl. wird abgeschrieben.

2. Der Landesauschuß wird beauftragt, sich an die k. k. Regierung mit dem Ersuchen zu wenden, auch

pro 1883 für den obangeführten Zweck eine Unterstützung aus Staatsmitteln bewilligen zu wollen.

Landeshauptmann:

Wünscht Jemand das Wort?

Poslanec Lavrenčič:

Slavni zbor!

Ker se mi zdi, da je potrebno, da tudi jaz nekoliko spregovorim o tej prošnji zaradi reguliranja voda na Vipavskem in to tem bolj, ker me napeljuje k temu letošnja povodenj, katera je povzročila veliko škodo v našem cesarstvu, posebno Tirolski in Koroški deželi, katerima je tudi naš deželni zbor v seji dné 29. p. m. 1000 gld. podaril, kar je prav človekoljubno in lepo, da se takim nesrečnežem pomaga. Ali enako tej nesreči je pretila pred devetimi leti Vrhpoljsko-Vipavski občini, ker je hudournik Bela v Vrhpolji hiše podiral, in Vipavskemu trgu ravno tako nevarnost žugal, ako ne bi bila dereča voda še ob pravem času na desni strani struge ob okrajni cesti na dveh mestih močno zidovje predrlo in tako veliko nesrečo od Vipavskega trga odvrnila.

Kako veliko škodo je takrat polje s zrelim grozdem trpelo, katero je bilo pod derečo vodo, ni mogoče povedati, za kar pa Vipavci niso nobenih milodarov dobili.

Da so pa pri takih povodnjah zidovja ali škarpe, katere zavarujejo vodo izstopiti, poškodovana in uničena, to se samo po sebi ume in mi ni treba dokazovati.

Visoka vlada je častitega gospoda inženirja Eyperta poslala, da je stvar pregledal, poročal in spoznal, da je treba novo škarpo na levi strani struge pri trgu napraviti, katero je cenil na 4356 gld.

Ravno tako je gospod inženir Eypert za potrebno spoznal tudi še nadaljno iztrebljenje struge potoka Bele, kar bi stalo 2000 gld. in za razširjavo 400 gld. toraj vsega skupaj 6756 gld.

Ker je pa od letošnjih del ostalo 1700 gld., primanjkuje toraj še 5056 gld., za katere Vipavska občina prosi, da bi se za izvršitev omenjenega dela iz deželnega zaklada kot podpora podelili. Ker mi je pa znano, da je slavni deželni zbor letos že večidel svote za take naprave razdelil, da mu toraj ni mogoče za zdaj cele svote podariti, vendar bi pa jaz prosil, ker se je za Tirolce in Korošce skrbelo, da bi se tudi na nesrečne Vipavce milostno ozrl, katere že sedem let zaporedoma slabe letine tlačijo, posebno pa letos, ker glavni pridelek vino je toča pokončala in sicer za več let tako, da se ne vé, kako se bodo vbogi Vipavci ohranili. Toraj, da se jim na pomoč pride, naj se jim posojenih 1100 gld. odpusti, in vsaj za škarpo 2500 gld., katera je silno potrebna, kot podpora daruje. Da bodo ubogi ljudje zraven tlake, katero bodo morali delati, tudi kak krajcar zaslužili, ker žalibog Vipavski kmet ne bo mogel dati siromakom zasluzka, kar bi gotovo rad dal, ako bi le imel.

Iz tega kratkega pojasnila razvidite, kaka beda in siromaštvo tare Vipavsko dolino, nekdanj rajske vrt imenovano, zdaj pa skoraj v puščavo spremenjeno.

Prosim tedaj slavno gospodo, nikar te prošnje ne prezrite in vbogim Vipavcem na pomoč prihitite.

Stavim toraj predlog (bere — liest): „Slavni deželni zbor naj sklene: Vipavski občini se za nujno napravo zidu (škarpe) pri Vipavskem trgu svota 2500 gld. kot podpora za l. 1883. iz deželnega zaklada dovoli“.

Deželni glavar:

Jaz mislim, da je to samo dostavek a ne posebni predlog.

Poslanec Lavrenčič:

Da, samo dostavek.

Landeshauptmann:

Ich erlaube jene Herren, welche diesen Zusatz unterstützen, sich zu erheben. (Podpira se — Wird unterstützt.)

Landespräsident Andreas Sinkler:

Die Angelegenheit, um die es sich jetzt handelt und die den Gegenstand der Verhandlung schon im vorigen Jahre bildete, ist von der allergrößten Wichtigkeit, und es ist der Uebelstand, der hier zur Sprache gebracht wurde, jetzt eine wahre Calamität im Wippacher Thale geworden. Wie bereits heute erwähnt wurde, beläuft sich der Kostenbetrag, wenn man die Wasserläufe des Wippacher Thales reguliren wollte, nach dem Projekte des Ingenieurs Klemenčič auf 191.600 fl., wovon bloß für die Regulirung des Bela-Baches 34.000 fl. erforderlich wären. Es ist das eine Auslage, die wohl nicht sogleich und auch nicht in den nächsten Jahren aufgebracht werden könnte. Es ist aber nothwendig, daß doch wenigstens etwas geschehe, und zwar das, was absolut nicht aufgeschoben werden kann, damit nicht ganz außerordentliche Fälle aus dieser Calamität erwachsen.

Man hat sich im Laufe der letzten zwei Jahre darauf beschränkt, einige unaufschiebbare Arbeiten vorzunehmen, man hat nämlich statt vier Thalsperren am Bela-Bache nur eine einzige errichtet, allerdings aus dem Grunde, weil nach dem Befunde der Sachverständigen diese Thalsperre ausreichen wird auf ein, vielleicht auch zwei Decennien. Bloß die Regulirung des Bela-Baches würde, wie gesagt, einen Kostenaufwand von 34.000 fl. erfordern, und der größte Theil davon wäre erforderlich für einen Durchstich vom Bette dieses Baches aus bis zu dessen Mündung in den Wippach Fluß, weil man da nebst der Arbeit auch den Grund bezahlen müßte, wo der Durchstich auszuführen wäre. Da eben nicht genügende Mittel zur Verfügung stehen, so muß man sich auf das Nothwendigste beschränken; man ist nämlich von dem Durchstiche abgegangen und begnügte sich damit, den Bela-Bach unterhalb Oberfeld und zugleich in der Nähe des Marktes Wippach auszuräumen. Diese Arbeit wird von großem Nutzen sein, indem nach derselben wenigstens die Ueberschwemmungen nicht jenen hohen Grad erreichen werden, wie bisher, welchen Ueberschwemmungen der Markt Wippach selbst ausgesetzt war, da öfters dessen unterer Theil ganz überfluthet worden ist. Diese Arbeiten haben nicht den ganzen Betrag, der von Seite der Regierung und des hohen Landtages bewilliget wurde, erfordert, es blieb noch ein Ueberschuß von 1700 fl.

Als absolut nothwendig stellt sich auch die Errichtung einer Schutzmauer bei Wippach dar, um den Markt vor Ueberschwemmungen zu schützen, welche sogar das Niederreißen von Häusern zur Folge haben könnten.

Es ist vom Herrn Berichterstatter gesagt worden, daß man vom Projekte ganz abgekommen ist. Das ist meiner Ansicht nach nicht der Fall, denn sämtliche Arbeiten, die bisher unternommen worden sind, sind nach dem Gutachten der Sachverständigen geeignet, in den Hauptplan eingefügt zu werden, und werden schon jetzt Dienste leisten, welche nicht zu unterschätzen sind, nachdem damit den dringendsten Bedürfnissen abgeholfen, nämlich den Ueberschwemmungen vorgebeugt werden wird. Das Geld, welches bisher verwendet wurde, ist gewiß sehr gut verwendet worden, und man kann sagen, daß man damit sehr sparsam umgegangen ist. Daß die Bevölkerung dabei wenig oder nichts gethan habe, kann ich nicht gelten lassen. Die Einwohner haben bereitwillig die nöthigen Roboten geleistet, nämlich das, was sie mit Rücksicht auf ihre mißlichen Verhältnisse leisten konnten. Es ist ja schon vom Herrn Abgeordneten Lavrenčič und vom Herrn Berichterstatter erwähnt worden, daß seit Jahren der Bezirk Wippach mit Noth und Elend zu kämpfen hat, nämlich in Folge der immer wiederkehrenden Mißjahre. Namentlich im heurigen Jahre ist wirklich ein Nothstand zu befürchten; es liegt diesbezüglich außer anderen Berichten auch ein Bericht des Landes-Gendarmerie-Kommandos vor; ich selbst habe die Gegend besucht und mich dabei überzeugt, daß daselbst Elend herrscht und man sich ernstlich mit dem Nothstande der dortigen Bevölkerung wird beschäftigen müssen. Es wird die Regierung gewiß nicht unterlassen, in jener Weise einzugreifen, wie es mit Rücksicht auf die verfügbaren Mittel möglich sein wird.

Ich muß noch erwähnen, daß auch einem anderen dringenden Bedürfnisse sofort abgeholfen werden müßte, nämlich dem Uebelstande, der durch die stets wiederkehrenden Ueberschwemmungen des Baches Močilnik sich fühlbar macht; es ist das derselbe Bach, welcher sich bei anhaltendem regnerischen Wetter über die Reichsstraße ergießt, so zwar, daß Personen der Gefahr ausgesetzt sind, bei solchen Gelegenheiten umzukommen. Allerdings wird dadurch auch das Straßen-Verkehr berührt, allein dieses wird nicht alles leisten können. Es erwächst aus der Behebung des Uebelstandes nicht nur dem Straßenverkehr ein Vortheil, sondern auch der Bevölkerung selbst. Aber eben mit Rücksicht auf den Nothstand, der in Aussicht ist, wird es dringend geboten sein, daß man dem bedrängten Bezirke irgendwie zu Hilfe komme. Es soll allerdings die Bevölkerung möglichst selbst sich helfen, allein von ihr ist nicht zu erwarten, daß sie den Nothstand, der in solcher Weise auftritt, selbst überwinden werde.

Es ist wohl auch — und ich möchte sagen in erster Linie — Pflicht des Landes, dort einzugreifen, wo einem dringenden Bedürfnisse abgeholfen werden soll. Aus diesen Gründen möchte ich den Antrag des Herrn Abgeordneten Lavrenčič auf das Wärmste befürworten, denn der bloße Nachlaß von 1100 fl. ist nicht darnach angethan, um damit der Bevölkerung helfen zu können, der Nothstand wird dadurch nicht behoben. Würde man einen Subventions-Betrag nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten votiren, so könnte man der nothleidenden Bevölkerung Arbeit verschaffen; es wäre übrigens das ein Beitrag, der in die Rechnung genommen werden

könnte in künftigen Zeiten, wenn es zur Ausführung der beabsichtigten Regulirungs-Bauten kommen wird; vorläufig wäre ein solcher Beitrag, wie gesagt, insbesondere mit Rücksicht auf den zu befürchtenden Nothstand ganz gerechtfertigt. Ich befürworte daher bestens den Antrag des Herrn Abgeordneten Lavrenčič.

Abgeordneter Dr. Den:

Die Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Uferschutzbauten an der Bela ist bereits vom Herrn Abgeordneten Lavrenčič hervorgehoben worden, und es wurde die Nothwendigkeit derselben auch von dem Finanzausschusse anerkannt. Die traurigen wirthschaftlichen Verhältnisse, in welche das Wippacher Thal gerathen ist, sind auch geschildert und anerkannt worden, und es ist anzunehmen, daß die Steuer-Contribuenten bei den zu den entrichtenden landesfürstlichen Abgaben nicht in zu hohem Grade in Anspruch genommen werden. Es ist bekannt, daß seit sieben Jahren die Wippacher mit schlechten Ernten, schlechten Fehungen u. s. w. zu kämpfen haben, und daß namentlich im laufenden Jahre der Hagelschlag dort zu wiederholten Malen sehr stark gewüthet hat. Da jedoch der Landesfond bereits im vorigen Jahre bedeutend in Anspruch genommen worden ist durch Unterstützung der dortigen Wasserbauten, so erlaube ich mir den Antrag des Herrn Abgeordneten Lavrenčič dahin abzuändern und in Antrag zu bringen, daß statt der 2500 fl. nur ein Betrag von 1000 fl. gewährt werde. (Predlog se podpira — Der Antrag wird unterstützt.)

Poslanec dr. Poklukar:

Slavna gospoda! Predmet, o katerem se ravno zdaj govori, je popolnoma znan slavnemu deželnemu zboru zato, ker se je že lani o tem govorilo, ker poročilo tudi dovolj obširno o njem govori, in poleg tega je tudi naš častiti gospod deželni predsednik stvar na drobno razložil in stanje dotične reči pokazal. Jaz od svoje strani nimam nič drugega dostaviti, kakor opozoriti slavni zbor na to, da pri vodi je pomoč letos dana desetkrat toliko vredna, kakor, ako bi se ta pomoč še le prihodnje leto privolila. Dobro veste, koliko škoda napravlja Sava, z eno tako škodo se tudi druge škode dogodé. Treba je tedaj, da je jêz dobro napravljen, ker sicer bo enkrat velikanska škoda. Jaz se v načelu vjemam s predlogom gospoda poslanca Lavrenčiča ter tudi opozorujem na sploh znano žalostno letino, ktero ima Vipavska dolina letos. Kar se tiče svote za to stvar, ni velikanska in gospod poslanec dr. Deu dobro naglašuje tudi druge potrebe, na ktere je treba misliti in predlaga v ta namen 1000 gld.; jaz tudi mislim, da bi to za letos bilo zadosti. Ako se potreba v tem oziru tudi še za naprej pokaže, bo imel deželni zbor še priliko, da kaj stori; tudi smemo pričakovati, da bo vlada, ktera je že dostikrat segla v žep za take namene, v tem oziru — če bo treba — kaj storila.

Poslanec Lavrenčič:

Ker mi je znano, da je slavni deželni zbor svoto, ki je v to namenjena, že večidel razdelil, sem jaz tudi pri tem, da se ne more cela svota, kakor sem jo predlagal, dovoliti; vendar pa še enkrat prosim, naj bi slavni zbor, ker se je na Tirolce in Korošce ozrl,

milostivno tudi na Vipavce ne pozabil, dasiravno tudi jaz priznavam, da je pomanjkanje denarja. Jaz tedaj odstopim od svojega predloga in se strinjam s predlogom gospoda poslanca dr. Deu-a.

Sandeshauptmann :

Ich constatire, daß der Herr Abgeordnete Lavrenčič zu Gunsten des Antrages des Herrn Abgeordneten Dr. Deu seinen früheren Antrag zurückgezogen und die beantragte Summe auf 1000 fl. beschränkt hat.

Abgeordneter Dr. Ritter v. Stattenegger :

Nach bisheriger Gepflogenheit sind derlei Unterstützungen nicht mit einem bestimmten Betrage der Subvention votirt worden, sondern der hohe Landtag hat sich, wenn die Zweckmäßigkeit einer solchen Subvention überhaupt anerkannt worden ist, immer darauf beschränkt, dies zwar auszusprechen, die Bestimmung jedoch sowohl der Zeit als auch des Betrages der Subventionirung dem Landesauschusse zur Erledigung im eigenen Wirkungskreise mittelst Benützung der präliminarmäßigen Kreditsumme des Landesfondes — abzutreten. — Dies hat auch seinen guten Grund darin, daß sowohl das Maß der Bedürftigkeit als auch das Erforderniß und die Beschaffenheit der bezüglichen Arbeiten nicht im hohen Hause verhandelt und geprüft werden können, sondern dies eben eine Aufgabe des Landesauschusses ist, der hiernach erst in der Lage sein wird, die Nothwendigkeit eines bestimmten Subventionsbetrages bestens zu würdigen. In diesem Sinne wäre nach meiner Ansicht auch die vorliegende Subventionsangelegenheit dem Landesauschusse zur Erledigung im eigenen Wirkungskreise abzutreten. Nachdem der Antrag des Herrn Abgeordneten Lavrenčič von 2500 fl. auf 1000 fl. Subvention reduziert worden ist, so liegt schon darin ein Fingerzeig, daß bei dieser Subvention denn doch ein wesentlicher Zweifel in der Ziffer obwaltet. Ich bin gewiß nicht gegen eine weitere Subventionirung der Gemeinde Wippach für ihre Wasserschutzarbeiten, obgleich dasjenige, was der Landesfond zu diesem Zwecke ihr bereits geleistet hat, außer allem Verhältnisse zu Unterstützungen steht, die in derlei Angelegenheiten sonst gewährt wurden, und obgleich mit Bedauern zu constatiren ist, daß ein Theil dieses Kostenaufwandes nutzlos geschah, nämlich zum Zustandekommen eines großen Projectes, welches, wie wir wissen, dem Zwecke nicht entspricht, so daß dieser Theil der Subvention besser unverwendet geblieben wäre. Doch soll das eben Gesagte nicht als Einwendung gegen eine weitere Subvention gelten; allein ich wiederhole, die Beurtheilung aller maßgebenden Verhältnisse sollte man nur dem Landesauschusse überlassen, weil dieselbe nur ihm und der hohen Regierung genau möglich ist, und aus der Rücksicht möchte ich das hohe Haus bitten, dem folgenden Antrage zuzustimmen, welcher die zweckmäßigste Erledigung ermöglicht. Mein Antrag lautet (bere — liest) :

Die Bitte der Gemeinde Wippach um eine weitere Subvention aus dem Landesfonde wird dem Landesauschusse zur Berücksichtigung nach Maßgabe aller einschlägigen Verhältnisse und zur Erledigung im eigenen Wirkungskreise abgetreten.

(Predlog se podpira — Der Antrag wird unterstützt.)

Poslanec dr. Poklukar :

Jaz bi se predrznil na govor častitega gospoda predgovornika le toliko opaziti, da vsi dobro vemo, kar se tiče rešitve prošelj po deželnem odboru v njegovem lastnem delokrogu, da se za take prošnje večkrat prav nič ne stori, in ako se take prošnje enkrat odbijejo, potem prosilci nimajo pravice pritožiti se.

Kar je gospod predgovornik omenil, da se ne dá pred videti, kolika bo potreba, in se pri tem sklicuje na gospoda poslanca Lavrenčiča, ki se je pridružil nižji svoti, ktera se je pozneje nasvetovala, na to bi jaz omenil, da naš proračun jasno kaže vse potrebe, in ako dovolimo več v obrambo proti povodnji, se bo tudi več storilo, ako manj, se bo pa, kakor je naravno, tudi manj storilo.

Jaz sem prepričan, da Vipavska dolina prav nič ne more v tem oziru trpeti. Kar se pa tiče opazke, da si deželni odbor več svote ne bo upal privoliti, samo toliko rečem, da dobro vem, da je deželni odbor v nekterih prilikah tudi več od 1000 gld. dovolil; se ve, da je potem tako izdatev opravičil prihodnjemu deželnemu zboru. Meni se predlog gospoda predgovornika zdi, kakor neka megljena obluba, ker deželni odbor po tem predlogu more kaj storiti, ali pa tudi ne, kar se danes še ne vé. Tedaj je na vsak način odločna svota v tem oziru veliko bolj shodna, kakor kaka megljena obluba.

Sandeshauptmann :

Wünscht noch Jemand das Wort? (Nihče se ne oglasi — Niemand meldet sich.)

Nachdem sich Niemand zum Worte gemeldet hat, so ersuche ich den Herrn Berichterstatter um das Schlusswort.

Berichterstatter Dr. Schaffer :

Was den meritorischen Inhalt der verschiedenen, von Seite des verehrten Herrn Vertreters der Regierung und mehrerer Herren Abgeordneten gemachten Ausführungen, abgesehen von der Ziffer, anbelangt, so gipfelt er darin, daß zunächst die Calamität betont wurde, in der sich die Bewohner des Wippacher Thales befinden, und daß es nothwendig und wünschenswerth wäre, ihnen zu helfen. Diese Behauptungen können nicht bezweifelt werden, und es hat sie auch der Finanzausschuß als richtig anerkannt. Es fragt sich nur, bis zu welchem Grade vom Standpunkte der Finanzen das Land im Stande wäre, eine Unterstützung zu gewähren. Der Finanzausschuß war der Meinung, daß mit Rücksicht auf das, was schon geschehen ist dadurch, daß ein Betrag von 1900 fl. bereits dafür abgeführt worden ist, und ein Betrag von 1100 fl., welcher vorstufweise aus dem Landesfonde bewilliget und ausbezahlt worden ist, der Gemeinde abgeschrieben wird, daß dadurch die Grenze erreicht ist, die auch in dieser Angelegenheit angesichts der knappen finanziellen Mittel des Landes nicht zu überschreiten ist, und ich glaube, daß dieser Nachlaß nicht ohne Werth wäre, weil, wie ich schon früher bemerkt habe, sonst die Gemeinden genöthigt gewesen wären, sie drückende Umlagen einzuführen, welche nun jetzt dazu verwendet werden können, um anderen Bedürfnissen abzuhelpen.

Uebergehend auf die Ziffer, in welcher eine neuere Subvention gewährt werden soll, so liegen hier zwei Anträge vor. Der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Deu und der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Ritter v. Kaltenegger, daß der Landesauschuß unter Anerkennung der mäßlichen Lage und unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse mit der Erledigung im eigenen Wirkungskreise beauftragt werde. Von meinem Standpunkte aus als Berichterstatter des Finanzausschusses bin ich selbstverständlich nur in der Lage mich dagegen auszusprechen. Der Finanzausschuß hat nach reiflicher Berathung geglaubt, daß die Grenze einer Unterstützung eben bereits gefunden ist dadurch, daß die früher nur vorschungsweise gegebenen 1100 fl. dafür gewidmet werden. Ich glaube, daß auch mit 1000 fl. kaum das Auslangen gefunden werden könnte, und es ist auch eine Hilfe aus Staatsmitteln zu gewärtigen. Ich kann daher nur den Antrag des Finanzausschusses zur Annahme empfehlen, welcher, wie ich schon früher bemerkt habe, dahin geht, daß der mit dem Landtagsbeschlusse vom 22. Oktober 1881 der Gemeinde Wippach, beziehungsweise den übrigen an der Regulierung der Flußläufe im Wippach Thale interessirten Gemeinden zum gedachten Zwecke als ein in drei Jahren rückzahlbarer Vorschuß aus dem Landesfonde bewilligte und seither ausgezahlte Betrag von 1100 fl. abgeschrieben werde. Ich ergänze nur meine ersten Bemerkungen damit, daß ich noch der 1700 fl. erwähne, welche im Gesuche ebenfalls angeführt werden und über welche kein bestimmter Antrag gestellt wurde, was dem Finanzausschuße aus dem Grunde nicht nothwendig schien, weil diese 1700 fl. von jenem Betrage erübrigt wurden, der bereits für das laufende Jahr ohne weitere Bedingung zur Verwendung angewiesen worden ist, so daß diesfalls gegenwärtig für das Jahr 1883 keine neuerliche ausdrückliche Bewilligung zu dessen Verausgabung ertheilt zu werden braucht. Ich schließe mit dem, daß ich den Antrag des Finanzausschusses nochmals zur Annahme empfehle.

Landeshauptmann:

Ich erlaube mir zuerst die zwei Anträge des Finanzausschusses, dann den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Deu, und endlich den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. v. Kaltenegger zur Abstimmung zu bringen. (Pritrjuje se — Zustimmung.)

(Prvi in drugi predlog finančnega odseka obveljata — Die Anträge 1 und 2 des Finanzausschusses werden angenommen.)

Ich bitte nun über den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Deu abzustimmen.

(Ne obvelja — Wird abgelehnt.)

Nun ersuche ich jene Herren, welche dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ritter v. Kaltenegger zustimmen, sich zu erheben.

(Obvelja — Angenommen.)

b) O poročilu c. kr. okrajnega glavarstva Postojnskega gledé podpore za most v Jami.

b) Ueber das Einschreiten der k. k. Bezirkshauptmannschaft Adelsberg um eine Subvention für die Brücke in Lueg.

Berichterstatter Deschmann:

Hoher Landtag!

Die Bezirkshauptmannschaft Adelsberg hat an den Landesauschuß unterm 29. September l. J. die Mittheilung gemacht, daß in der Ortschaft Lueg bei den letzten Hochwässern eine Brücke zerstört wurde, deren Wiederaufbau dringend nothwendig ist. Zu dieser Camilität gesellt sich noch der weitere Umstand, daß vor nicht langer Zeit die Hälfte der Ortschaft Lueg abgebrannt ist, und auch die andere Hälfte in großer Armuth sich befindet. Es wird daher von der Bezirkshauptmannschaft angefleht, für die Wiederherstellung der Brücke einen Betrag von 100 fl. flüssig zu machen. Da nach der Instruktion für die Gewährung von Subventionen für Gemeindegewässer und Gemeindeobjekte vom Landesauschuße nicht bewilligt werden kann, und hiezu ein besonderer Beschluß des hohen Landtages nothwendig ist, so hat der Landesauschuß diese Eingabe an den hohen Landtag geleitet, und der Finanzausschuß hat die Berücksichtigungswürdigkeit der armen Bewohner von Lueg vollkommen anerkannt, daher er beantragt (bere — liest):

Der hohe Landtag wolle der Ortschaft Lueg zur Wiederherstellung der in Folge von Hochwässern eingestürzten Lueger Brücke aus dem Landesfonde eine Subvention von 100 fl. bewilligen.

(Obvelja — Angenommen.)

c) O prošnji učitelja Matija Ranta na Premu za dovolitev 2. starostne doklade.

c) Ueber das Gesuch des Lehrers Mathias Rant in Prem um Anerkennung der 2. Dienstalterszulage.

Berichterstatter Dr. v. Schrey:

Der Lehrer Mathias Rant in Prem hat an den hohen Landtag eine Petition um gnadenweise Gewährung einer Dienstalterszulage eingebracht, und zwar aus dem Grunde, weil ihm die provisorische Dienstzeit vom 12. Oktober 1878 bis 27. Mai 1879 zur Erlangung des 1. Quinquenniums nicht zählte, aus welchem Grunde er nun bittet, daß er dieses 2. Quinquennium erhalten könne, diese provisorische Dienstzeit im Gnadenwege als definitiv erklärt werde. Die Gründe, welche vom Petenten angeführt werden, sind im Wesentlichen die, daß er von seinem definitiven Posten aus Gesundheitsrücksichten abtreten und einstweilen sich mit einer provisorischen Anstellung begnügen mußte. Nachdem er später wieder definitiv geworden ist, ist eine Unterbrechung seiner definitiven Dienstleistung vorhanden, welche ihn in der Erlangung des 2. Quinquenniums hindert. Es ist beinahe die ganz gleiche Petition, welche in der verflossenen Session eingebracht wurde, und welche der hohe Landtag mit dem Beschlusse vom 20. Oktober 1881 dem Landesauschuße zur Amtshandlung zugewiesen, das heißt abgewiesen hat. Nachdem neue Gründe auch dermalen nicht vorliegen und die Gewährung von solchen gnadenweisen Begünstigungen, wo es sich nur um persönliche Gründe, nicht um Interessen der Schule

selbst handelt, Unzufömmlichkeiten schaffen würde, und der hohe Landtag in vielen solchen Fällen Begünstigungen zu ertheilen genöthigt wäre, so stellt der Finanzausschuß den Antrag:

Diese Petition werde mit Bezug auf den Landtags-Beschluß vom 20. Oktober 1881 abgewiesen.

(Obvelja — Angenommen.)

a) O prošnji podpiralnega društva modroslovcev na Dunajski univerzi za podporo.

d) Ueber das Subventionsgesuch des Philosophen-Unterstützungsvereines an der Wiener Universität.

Berichterstatter Dr. Schaffer:

Ueber das Gesuch des Philosophen-Unterstützungsvereines an der Wiener Universität um Gewährung einer Subvention erlaubt sich der Finanzausschuß, bei aller Anerkennung des humanen Zweckes des Vereines und seines nützlichen Wirkens, und wenngleich auch sogar einige Krainer im Laufe des Jahres 1882 unterstützt wurden, doch mit Rücksicht auf den Umstand, daß neuer für derartige Zwecke bereits ziemlich namhafte Beträge bewilligt wurden, dem hohen Landtage den Antrag zu stellen:

Dem Gesuche des Philosophen-Unterstützungsvereines an der Wiener Universität um Gewährung einer Unterstützung aus dem Landesfonde wird keine Folge gegeben. (Obvelja — Angenommen.)

4. Poročilo finančnega odseka gledé nove zgradbe deželnega muzeja.

(Priloga 48.)

4. Bericht des Finanzausschusses, betreffend den Neubau des Landesmuseums.

(Beilage 48.)

Berichterstatter Lukmann:

Höher Landtag!

Die Beschlüsse, welche in Ansehung des Neubaus des Landesmuseums im vorigen Jahre gefaßt wurden, sind — glaube ich — noch in Erinnerung aller verehrten Mitglieder des hohen Landtages. Ich erlaube mir nun von diesen Beschlüssen den 4. hervorzuheben, also lautend: Der Verkauf des Lycealgebäudes an den Staat ist nach Thunlichkeit zu beschleunigen, sowie auch der Verkauf des Hauptwachegebäudes nebst Hofräumen zu bewirken, und wird der Landesausschuß ermächtigt, den von ihm bestmöglich zu erzielenden Erlös dieser Objekte zum Museumsbaue zu verwenden. In Folge dieses Beschlusses hat der Landesausschuß sich zuerst an das hohe Unterrichtsministerium gewendet und demselben das Lyceal-Gebäude respektive auch das Hauptwachegebäude zum Kaufe angeboten. Wie die Herren aus der Vorlage des Landesausschusses Nr. 45 ersehen, hat Se. Excellenz der Herr Unterrichtsminister einen Erlaß an den Landesausschuß gerichtet, worin er die Bereitwilligkeit erklärt,

zu diesem Verkaufe die Allerhöchste Genehmigung einzuholen, wenn der Landesausschuß bereit ist, die beiden Gebäude um den Kaufpreis von 40.000 fl. zu überlassen. Ferner stellt Se. Excellenz der Herr Unterrichtsminister die Bedingung, daß der Staat in das volle und unbeschränkte Eigenthum dieser beiden Gebäude gelangt.

Der Landesausschuß hat sich nun an diejenigen Corporationen gewendet, welche bisher Theile dieses Gebäudes benützt haben, und hat vom historischen Vereine und vom Bisthume die Zusicherung erhalten, daß sie gegen die lastenfreie Vergebung dieser Gebäude an den Staat keine Einwendung zu erheben finden. Die löbliche Stadtgemeinde Laibach hat dagegen einen Anspruch erhoben auf das Recht, die Lokalitäten, welche sie bisher für die Unterbringung der I. Knabenvolksschule benützt hat, noch fernerhin unentgeltlich benützen zu dürfen, auch wenn das Gebäude verkauft werden wird.

Unter diesen Umständen hat der Landesausschuß von seiner General-Vollmacht keinen Gebrauch gemacht und die Sache zur Entscheidung dem hohen Landtage vorgelegt.

Der Finanzausschuß hat vor allen Dingen erhoben, ob auf den Kaufpreis von 40.000 fl. einzugehen sei, ob er ihn dem hohen Landtage empfehlen könnte. Nachdem die Rechtsverhältnisse dieses Gebäudes so verwickelt sind — dieselben haben schon in mehreren Sessionen die Aufmerksamkeit des hohen Hauses in Anspruch genommen, — nachdem ferner das Land einen sehr geringen Genuß von diesem Gebäude hat, glaubte der Finanzausschuß den Kaufpreis als angemessen betrachten zu sollen und zu empfehlen, in diesen Verkauf um den Betrag von 40.000 fl. einzugehen.

Was die Ansprüche der Stadtgemeinde anbelangt, so hat der Finanzausschuß dieselben einer eingehenden Prüfung unterzogen. Es ist im Jahre 1864 und 1868 vom Landesgerichtsrathe Strahl und Oberlandesgerichtsrathe Kromer ausführlich über die Rechtsverhältnisse dieses Gebäudes referirt worden. Was die Rechte des Staates anbelangt, so glaube ich dieselben nicht weiter erwähnen zu sollen, weil sie ohnehin beim Verkaufe endgiltig geregelt werden würden.

Ich erlaube mir nur aus dem Referate vom Jahre 1868 mit Erlaubniß des Herrn Landeshauptmannes, einige Stellen vorzulesen. Es wurde nämlich eine Enquete bezüglich der Benützung des Lycealgebäudes veranstaltet, und die hohe Regierung hat hierüber mit Erlaß vom 4. Juni 1868 auch bezüglich der Rechtsverhältnisse der städtischen Lehranstalt sich geäußert. Sie bemerkt vorerst bezüglich der Normalschule Folgendes (here — liest):

„Daß dem Studien- wie dem Normalschulfonde unzweifelhaft der unentgeltliche Gebrauch des sogenannten Lycealgebäudes in Bezug auf die hiefür nothwendigen Lokalitäten gegen dem zusteht, daß diese beiden Fonde nach Verhältniß der von ihnen benützten Lokalitäten zu den Erhaltungskosten beitragen, haben die krainischen Stände fast bei jeder, diese Angelegenheit betreffenden Verhandlung anerkannt; die geschätzte Note vom 10. Juli 1863 Z. 1988 selbst liefert einen untrüglichen Beweis der vollen Richtigkeit dieser Anschauung, indem der löbliche Landesausschuß ad a) der ihm zur Beantwortung vorliegenden Fragen wörtlich bemerkt:“

„ad a) Bisher wurde ausnahmslos an dem Grundfasse festgehalten, daß die Kosten der Bauhaltung des Lycealgebäudes bloß vom Studien- und

Normalschulfonde zu tragen sind, welchen eben deshalb der unentgeltliche Genuß des Gebäudes überlassen wurde. Nur die inneren Adaptirungen jener Räumlichkeiten, welche das Museum inne hat, wurden aus dem Musealfonde bestritten."

"Hat im Einklange mit den ursprünglich begründeten und später fortwährend anerkannten Verhältnissen der löbliche Landesausschuß in der Note vom 10. Juli 1863, Z. 1988, den bisher ausnahmslos bestandenen unentgeltlichen Genuß des Lycealgebäudes von Seite des Studien- und Normalschulfondes hervorgehoben, so ist in der That die in der weiteren Note vom 28. November 1863, Z. 4018, sowie in jener vom 20. Dezember 1867, Z. 4950, enthaltene Bemerkung des löblichen Landesausschusses, daß thatsächlich von Seite der Landschaft keine Verpflichtung dem Normalschulfonde gegenüber eingegangen wurde, beziehungsweise, daß die Normal-Hauptschule gar keinen begründeten Anspruch auf die Benützung des fraglichen landständischen Gebäudes geltend machen kann, nicht nur durch die eigene frühere Behauptung entkräftet, sondern auch mit dem Sach- und Rechtsverhalte im Widerspruche."

"Seit mehr als 40 Jahren befindet sich der Normalschulfond im unentgeltlichen Genuße der von ihm benötigten Lokalitäten, in dem Berichte vom 9. April 1838, Z. 68, haben die Herren Stände Krains selbst die Vorschläge zur zweckmäßigen Vertheilung der Lokalitäten vorgelegt, und hierbei ausdrücklich auf die Normalschule Bedacht genommen, das Studien-Hof-Commissions-Dekret vom 18. Juli 1840, Z. 4239, hat das Anerbieten der krainischen Stände wegen Fortdauer des bisherigen unentgeltlichen Genußes des Lyceums von Seite des Studien- und Normalschulfondes rechtsverbindlich angenommen; diese Entscheidung wurde den Ständen mit Gubernial-Erlaß vom 21. September 1840, Z. 19107, am 27. September 1840 intimirt; der Normalschulfond hat alle auf ihn repartirten Erhaltungskosten getragen, und hat somit die Servitut des Gebrauches der Wohnung §. 521 a. b. G. B. erworben, und diese persönliche Servitut dauert bei dem Abgange jeglicher anderweitigen Vertragsbestimmung nach dem Gesetze §. 529 des a. b. G. B. insoweit fort, als die moralische Person — also hier der Normalschulfond — besteht."

Die löbliche Stadtgemeinde Laibach glaubt als Nachfolgerin der Normalschule auf die Lokalitäten im Lycealgebäude einen Anspruch zu haben. Aus dem eben Verlesenen geht hervor, daß wenn ein Servitutsrecht hier überhaupt besteht, dasselbe auch nach der Auffassung der k. k. Regierung und des damaligen Referenten unzweifelhaft nur dem Normalschulfonde zusteht. Nun fragt es sich, wer ist dormalen der Repräsentant des Normalschulfondes? Heute ist es ganz gewiß das Land Krain, dieses verwaltet und repräsentirt ihn, und der §. 66 des Reichs-Volksschulgesetzes sagt ausdrücklich:

Soweit die Mittel der Ortsgemeinden (beziehungsweise der Bezirke) für die Bedürfnisse des Volksschulwesens nicht ausreichen, hat dieselben das Land zu bestreiten.

Die Normalschulfonde gehen in ihrem gegenwärtigen thatsächlichen Bestande mit allen auf ihnen rückfichtlich der Verwendung für Schulzwecke oder aus besondern Privatrechtstiteln lastenden Verbindlichkeiten und mit der ausschließlichen Widmung für die Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens in die Verwaltung der betreffenden Länder in der Weise über, daß die Verwaltung

und Verwaltung des Stammvermögens dem Landes-ausschusse, die Anweisung der Ausgaben auf Grund des vom Landtage festgestellten Präliminares der Landes-schulbehörde zukommt.

Zum Schulfonde derjenigen Länder, welche bisher vom Staate einen Zuschuß erhielten, wird ein solcher auch ferner mit dem Durchschnittsbetrage jener Summe geleistet, welche in den Jahren 1866, 1867 und 1868 zum betreffenden Normalschulfonde aus den allgemeinen Staatseinkünften beigetragen wurde.

Bei der Berechnung dieses Betrages sind aber jene Summen vorweg abzuziehen, welche für Zwecke verwendet wurden, für die künftig unmittelbar aus Staatsmitteln vorzuzorgen sein wird. (§§. 58 und 67.)

Der §. 62, welcher von der Errichtung von Volksschulen spricht, sagt:

Für die nothwendigen Volksschulen sorgt zunächst die Ortsgemeinde unter Aufrechterhaltung zu Recht bestehender Verbindlichkeiten und Leistungen dritter Personen und Corporationen.

In wieferne die Bezirke daran theilnehmen, bestimmt die Landes-Gesetzgebung.

Nun ist Allen bekannt, daß durch das Landesgesetz vom Jahre 1874 bezüglich der Stadtgemeinde Laibach eine Ausnahme beschlossen wurde, und zwar, daß sie vollkommen getrennt ist vom Normalschulfonde, daß sie für ihre Schulen selbst zu sorgen hat und auch selbst eine Umlage dafür einnimmt. Vor dem Erscheinen des Volksschul-Gesetzes im Jahre 1869 war ganz unzweifelhaft nur der Normalschulfond derjenige, dem allenfalls ein Servitutsrecht an diesem Gebäude zustand, und es wäre nur zu erheben, was nach dieser Zeit geschehen ist, ob auch der Stadtgemeinde irgend ein Recht eingeräumt wurde. Die Nachforschungen, welche diesfalls gepflogen wurden, haben geradezu ein negatives Resultat für Laibach abgegeben, und zwar hat die Stadtgemeinde Laibach im Jahre 1874, als die Realschule aus den Lokalitäten des Lycealgebäudes übersiedelt ist, einen Anspruch erhoben, daß sie nämlich für die Zimmer, die sie bis jetzt im Parterre des Lycealgebäudes für die erste städtische Knabenvolksschule benützt, diejenigen Zimmer bekommen würde, welche die Realschule bisher innegehabt hat. Der Landesausschuß hat ebenfalls bezüglich der frei gewordenen Lokalitäten einen Anspruch für die Erweiterung der Museumsräume erhoben, und ebenso ist vom Gymnasium ein ähnlicher Anspruch gestellt worden.

Die ganze Angelegenheit wurde dem Landesschulrath zur Entscheidung vorgelegt. Nun erlaube ich mir aus der bezüglichen Entscheidung des Landesschulrathes vom 24. Juli 1874 mit Erlaubniß des Herrn Landeshauptmannes eine darauf bezügliche Stelle vorzulesen. Nachdem über die Unzweckmäßigkeit der bis jetzt von der Stadtgemeinde für ihre Volksschule benützten eben-erdigen Lokalitäten ausführlich berichtet wird, heißt es daselbst weiter (here — liest):

Bei der am 6. Mai 1852 stattgefundenen commissionellen Verhandlung, bezweckend die Unterbringung der Unterrealschule, wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, daß diese Unterbringung nur durch die Clorirung der Theologie und durch Einräumung der drei nebeneinander liegenden Hörsäle der Theologie Nr. 10, 11 und 12 nebst dem Lokale Nr. 17 für das physikalische Cabinet im 2. Stockwerke, dann durch Eintausch des vom Gymnasium benützten Lehrerconferenz-Zimmers Nr. 11 im 1. Stockwerke gegen den theologischen Hörsaal Nr. 7 im

2. Stockwerke ausführbar sei, wobei sich der Vertreter des Herrn Fürstbischöfs bereit erklärte, die bisher innegehabten vier theologischen Hörsäle im 2. Stockwerke zur Benützung für andere öffentliche Lehranstalten zu überlassen, jedoch nur unter nachstehenden Bedingungen:

1. „daß die im Seminar zu ermittelnden künftigen Lehrzimmer der Theologie mit neuer Einrichtung versehen werden,

2. daß, wenn die Anzahl der Diöcesan-Alumni wieder auf die systemisirte Zahl von 80 Köpfen sich erhebt und dieselbe wegen des durch Verwendung von vier geräumigen Lokalitäten im Seminar zu theologischen Lehrzimmern verwendeten Raumes dann nicht untergebracht werden sollte, die diesfalls erforderlich werdenden Veränderungen im Seminar Gebäude auf öffentliche Kosten vorgenommen werden, und

3. daß die Stadtgemeinde das im Seminar Gebäude ihr gehörige ebenerdige Gewölbe dem Diöcesan-Seminar in gehörig zu verabredender, billiger Weise eigenthümlich überlasse.

Der Gemeinderath hat in der Sitzung vom 13. Mai 1852 die Bedingung ad 1 angenommen, jene ad 2 aber abgelehnt, und bezüglich jener ad 3 noch vorerst eine Besprechung mit dem Herrn Fürstbischöfe eingeleitet. Laut des vom Bürgermeister unterm 17. Mai 1852, Z. 9, erstatteten Berichtes war auch der Punkt 3 vollends beglichen, indem der Herr Fürstbischof dem Comité des Gemeinderathes die Zusicherung gegeben hat, das fragliche Gewölbe um jenen Betrag abzulösen, welcher dem Miethzinse, den die städtische Kasse bezog, correspondirt.

Auf der Bedingung ad 2 hat übrigens der Herr Fürstbischof selbst nicht beharrt.

Vom Repräsentanten der Landesstände wurde jedoch der ausdrückliche Vorbehalt gemacht, daß sich die Stände vor dem allfälligen Erwerben einer Servitut aus der projektierten Unterbringung der Unterrealschule im Schulgebäude, ausdrücklich verwahren.

Im Zusammenhange des Resultates obiger Verhandlung, welche lediglich die Unterbringung der Unterrealschule im Lycealgebäude zum Gegenstande und Zwecke hatte, ergibt sich, daß die in Rede stehenden, vom Stadtmagistrate noch weiter beanspruchten Schulzimmer speziell und ausschließlich für die Unterbringung der Unterrealschule bestimmt waren, und daß aus Anlaß der Uebersiedelung der Unterrealschule in das neue Realschulgebäude, und im Hinblick auf die Eingangs erörterte Widmung des Lycealgebäudes für die Zwecke der Studien-Bibliothek, des Gymnasiums und der Lehrerbildungs-Anstalt auch jeder rechtliche Grund zu einer anderweitigen Inanspruchnahme der gedachten Schulzimmer von Seite der Stadtgemeinde wieder aufgehört hat.

Und ein zweiter Erlaß des Landes Schulrathes, aus welchem ich mir auch erlauben werde, ein Paar Stellen zu verlesen, den Erlaß vom 27. September 1874 spricht sich auch über die Rechtsverhältnisse im Lycealgebäude aus und sagt, nachdem er auch im Eingange die Unzweckmäßigkeit der von der Stadtgemeinde benützten Lokalitäten bespricht, weiters (here — liest): „In dieser Beziehung wird bemerkt, daß laut Kaufvertrages vom 17. Oktober 1798 das gegenwärtige Lycealgebäude zur Herstellung eines Lyceums gewidmet wurde, und daß sich die städtische Volksschule unter dem Begriffe eines

Lyceums unmöglich subsumiren läßt, daß ferner in dem die Unterbringung der Unterrealschule im Lycealgebäude betreffenden Protokolle vom 6. Mai 1852 sich die Stände als Eigenthümer des Hauses ausdrücklich vor dem allfälligen Erwerben einer Servitut aus dieser Unterbringung verwahrt und ebenso das Recht ausdrücklich vorbehalten haben, die Räumung der zur Unterrealschule verwendeten Lokalitäten und die Verlegung derselben aus dem Lycealgebäude zu verlangen, daß sohin der Eigenthümer des Lycealgebäudes durch die Unterbringung der Unterrealschule keine Servitut im eigentlichen Sinne des Wortes sich aufbürde, sondern der Stadtgemeinde nur eine Begünstigung auf Widerruf zugestanden wissen wollte, wogegen die Stadtgemeinde keine Einwendung erhob und sich diesem Vorbehalte gefügt habe.

Hiernach ist nach dem diesfälligen Gutachten der k. k. Finanzprocuratur die Behauptung des Magistrates, die Stadtgemeinde hätte über die von der Unterrealschule bisher innegehabten Lokalitäten ein bleibendes Verfügungsrecht erworben, rechtlich nicht begründet; denn konnte schon nach dem Gesagten die Stadtgemeinde verhalten werden, die von der Unterrealschule innegehabten Lokalitäten, falls dieselben zu den im Contrakte vom 17. Oktober 1798 bezeichneten Zwecke benöthigt worden wären, zu räumen, um wievielmehr muß die Stadtgemeinde jedes Verfügungsrecht über diese Räumlichkeiten verlieren, wenn der Zweck (Unterbringung der Unterrealschule), zu welchem diese Begünstigung auf Widerruf zugestanden wurde, aufhört. (§§. 901, 699 und 484 a. b. G. B.)

Der von der Stadtgemeinde erhobene Anspruch des Benützungsrechtes rücksichtlich der durch Translocirung der Realschule verfügbaren Schulzimmer ist demnach ein unbegründeter.“

Die weiteren Ausführungen sind für diese Frage belanglos.

Nun der Landesausschuß hat Verwahrung gegen die Erwerbung jedes Servitutsrechtes von Seite der Stadtgemeinde eingelegt, und als später die Stadtgemeinde ein Zimmer gleich am Eingange rechts, welches früher Musikzimmer war, als Directionszimmer der I. städtischen Volksschule benützen wollte, hat sich auch diesfalls der Landesausschuß mit Note vom 9. August 1874, Z. 4916, dem Stadtmagistrate gegenüber ausdrücklich verwahrt, daß daraus irgend eine Servitut entstehen könnte.

Es ist auch ferner unrichtig, wenn die Gemeinde sich als Nachfolgerin der Normalschule in der Rechtsangelegenheit gerirt, denn auch durch Allerhöchste Entschließung vom 12. Jänner 1867 ist der Anspruch auf Fortdauer der unentgeltlichen Benützung des Lycealgebäudes vollständig als unstatthaft zurückgewiesen worden.

Nach Prüfung dieser Verhältnisse ist der Finanzausschuß zur Ueberzeugung gelangt, daß der Anspruch der Stadtgemeinde Laibach auf das Recht der unentgeltlichen Benützung der Lokalitäten im Lycealgebäude vollkommen unstatthaft ist, und hat sich deshalb in dem Antrage, wie er hier im Berichte ad 2 vorkommt, geeinigt. Der Landesausschuß wird ermächtigt, bei Schließung des Kaufvertrages diesfalls gegenüber der hohen Regierung vollkommene Gewährleistung zu übernehmen. Es ist jedoch vielleicht möglich, daß sich durch die Ansprüche der löblichen Stadtgemeinde die Vertragschließung mit dem hohen Unterrichtsministerium ver-

zögern könnte, oder daß sie in Folge dessen vielleicht ganz unterbleiben würde.

Für diesen Fall glaubte der Finanzausschuß auch den Landesauschuß ermächtigen zu sollen, eine billige Abfindungssumme der löblichen Stadtgemeinde zu zahlen, damit eben das Geschäft vielleicht nicht unmöglich gemacht werde. Der Finanzausschuß hat sich auch der Hoffnung hingegeben, daß der löbliche Gemeinderath der Stadt Laibach, wenn er die Verhältnisse noch genauer geprüft haben wird, als es bis jetzt der Fall war, von einem Anspruche abgehen und sich mit einer billigen Abfindungssumme begnügen wird; der Finanzausschuß erwartet dies umsomehr, als ja die Stadtgemeinde das größte Interesse hat, daß das Rudolfinum zum Baue gelangt und die Ausführung dieses Beschlusses nicht verzögert werde, umsomehr, als der Bau des Rudolfinums eine Widmung ist zur Jubelfeier des 600jährigen Bestandes unseres Landes als österreichische Provinz, und es daher sehr dringend wäre, daß bis zum nächsten Jahre auch die Grundsteinlegung bereits vorgenommen werden könnte. Man kann natürlich nicht ganz bestimmte Anträge stellen, wie weit der Landesauschuß bei Ermittlung der Abfindungssumme gehen kann, es wurde daher bestimmt, daß zur Ermittlung des Wertes maßgebend sein soll der Werth der Benützung dieser Lokalitäten, und daß anderseits in Abschlag kommen sollen die Erhaltungskosten, welche die Gemeinde treffen würden. Der Finanzausschuß ist der Ansicht, daß es dem Landesauschuße in dieser Weise gelingen wird, ein gütliches Uebereinkommen mit der Stadtgemeinde Laibach zu Stande zu bringen. Sollte dies nicht möglich sein, so beantragt der Finanzausschuß, daß der Landesauschuß, auf das gute Recht pochend, ermächtigt werde, einen Prozeß in dieser Angelegenheit zu führen. Dieser Prozeß würde natürlich längere Zeit dauern, und der Landesauschuß hat bei Schließung des Vertrages mit dem Unterrichtsministerium darauf Rücksicht zu nehmen und wird sich eine gewisse Frist vorbehalten müssen ebenso für die Räumung des Museums, welches natürlich nicht früher überfiedeln kann, als das Rudolfinum soweit fertig sein wird, um die Museumsammlungen aufnehmen zu können. Um endlich für den ganz unwahrscheinlichen Fall, daß der Abschluß bezüglich dieses Kaufes vielleicht von der Rechtsvertretung nicht bewilligt werden sollte, Vorsorge zu treffen, hat der Finanzausschuß auch geglaubt, den Antrag empfehlen zu müssen, den Landesauschuß zu ermächtigen, daß die Kosten für den Baugrund und Bauplan u. s. w. vorstufweise aus dem Landesfonde bestritten werden; und endlich, wenn der Verkauf gar nicht zu Stande kommen sollte, daß es bei den Beschlüssen verbleiben sollte, welche der hohe Landtag im vorigen Jahre diesbezüglich gefaßt hat.

Ich erlaube mir nun die Anträge des Finanzausschusses aus der Beilage 48 dem hohen Hause zu verlesen (bere — liest):

Der hohe Landtag wolle beschließen:

In Ergänzung der Landtagsbeschlüsse vom 19. Oktober 1881 (Beilage Nr. 52) über den Neubau des Landesmuseums Rudolfinum wird

1. der Landesauschuß ermächtigt, daß er auf den Vorschlag Seiner Excellenz des Herrn Unterrichtsministers vom 16. Juli 1882, Z. 4950, das Lycealgebäude sammt dem anstoßenden Hauptwachegebäude der Unterrichtsverwaltung um den Preis von 40.000 fl. zu

verkaufen, eingehe, die Bedingungen des Verkaufes und namentlich Art und Zeit der Uebergabe, für welche bezüglich der für das Landesmuseum und für die städtische Volksschule derzeit benützten Lokalitäten eine den Umständen angemessene Frist zu vereinbaren ist, feststelle.

2. Der vom Gemeinderathe der Landeshauptstadt Laibach in der Sitzung vom 28. September 1882 erklärte Vorbehalt eines Rechtes der Stadtgemeinde auf unentgeltliche Unterbringung der städtischen Knabenvolksschule im Lycealgebäude wird zurückgewiesen und der Landesauschuß ermächtigt, gegenüber der Staatsverwaltung als Käuferin des Lycealgebäudes die Gewährleistung für das diesfalls volle und unbeschränkte Eigenthum des Landes zu übernehmen.

3. Der Landesauschuß wird ermächtigt und beziehungsweise beauftragt, eine vergleichsweise Beseitigung des ad 2 erwähnten Anspruches der Stadtgemeinde Laibach zu versuchen und zu diesem Zwecke derselben als Abfindung einen entsprechenden Theil des zu ermittelnden Benützungswerthes dieser Volksschullokalitäten zuzugestehen, bei welcher Werthung die von der Stadtgemeinde Laibach zu tragenden Erhaltungskosten zu berücksichtigen sind, bei Fehlschlagen dieses Versuches aber den Gegenstand im Rechtswege auszutragen.

4. Der Landesauschuß wird ermächtigt, die im Jahre 1883 für die Erwerbung des Baugrundes und für die sonstigen Baueinleitungen erforderlichen Kostenbeträge vorstufweise aus dem Landesfonde für Rechnung des hiezu bestimmten Kredites zu verausgaben.

5. Falls der Verkauf nach den vorstehenden Anträgen 1 und 2 nicht zu Stande kommen sollte, hat der Landesauschuß im Sinne der Beschlüsse 4 und 7 vom 19. Oktober 1881 vorzugehen.

Landeshauptmann:

Ich eröffne die Generaldebatte und ertheile dem Herrn Abgeordneten Dr. Zarnik das Wort.

Poslanec dr. Zarnik:

Slavni zbor!

Jaz hočem le nekoliko opazek o teh predlogih izreči in izjaviti. Najpoprej, da za muzej „Rudolfinum“ smo gotovo obe stranki ednako zavzeti, da enako želimo, da se skoraj ustanovi in da se skoraj ta muzej postavi tako, kakoršen bi bil želeti Ljubljanskemu mestu, kateri bi bil ne samo mestu, ampak sploh znanosti na korist in čast. Zarad tega pozdravljam te predloge, ktere finančni odsek stavlja, z veseljem. Moram pa opaziti, da bi bil mislil, da se bodo gospodje po deželi sploh in pa gospodje poslanci posebej bolj vdeležili subskripcije za to podjetje. Posebno je bilo računati na to, da bodo bogati gospodje, ki pripadajo k uni (desni — rechten) strani, tudi kaj dali v ta namen, ki je tako koristen. Mi od naše strani nismo v stani veliko dajati, ker imamo, kakor je znano, ravno zdaj skupljati zneske za „Národní dom“. Ker imamo mi tedaj na eni strani opraviti z „Národnim domom“, naj bi na drugi strani gospodje za muzej skrbeli, ki so bogateji od nas. Jaz sem gledal in gledal prineske v uradnem časniku in sem si dal tudi primesti iz deželnega odbora izkaze, da vidim, kdo je kaj v ta namen dal? Žalibog, razven nekega fajmoštra, korarja in kaplana,

in razven deželnega glavarja ni med velikimi posestniki nobeden nič dal. (Klici na desni: Oho! — Rufe rechts: Oho!)

Evo tukaj izkaz deželnega odbora v originalu. Zadnjikrat je nek veliki posestnik tukaj inzultiral mestni zastop Ljubljanski zavoljo tega, ker je privolil samo 1000 gld. za deželno gledišče. Ta veliki posestnik je besno rekel, da je ta svota siromaška bagatela, on pa sam niti kebra ni dal za muzej! (Veliki smeh — Großes Gelächter.) Če je njemu ta svota „Bettel“, naj pa on večo da. Lahko je votirati „auf Kosten fremder Leute“, sam pa ničesa dati! (Jako dobro! na levi — Sehr gut! finš.) Lahko je napadati mestno kaso, ali iz svojega žepa kaj dati, je pa čisto nekaj drugega. Ravno ti gospodje, ki niso dali niti enega kebra za to podvzetje, bi morali zdaj prvi globoko v žep seči in kaj dati v ta namen, kar bi nas vse jako veselilo.

Ako bodo mnogo dali, jim bomo še celo tu v zboru hvalo votirali.

Jaz mislim, ko bode bral dotični gospod poročilo iz današnje seje deželnega zbora, da ga bodo te besede morebiti vendarle kaj ganile. (Dobro! na levi — Bravo! finš.)

Nadalje moram omeniti, da bo ponudbo 40.000 gld., ki jih je obljubila država, dežela z veseljem sprejela. Ob sebi se umeva, da tudi mestni odbor, kolikor ga jaz poznam, ne bo nobene ovire delal, temuč bo, kolikor je mogoče, dotičnim željam skušal vstreči, ker so te želje želje cele dežele.

Mestni odbor je že takrat, ko je 5000 gld. odločil za muzej in ko je še naša stranka bila v manjini, sprejel soglasno ta predlog. Vsi gospodje obeh strank so se složili in dovolili za „Rudolfinum“ 5000 gld. — Naša stranka je gotovo isto tako zavzeta, kakor Vaša za to poslopje in želi kakor tudi Vi želite, da bi se le skoraj vstanovilo. Da se je pa mestni odbor moral potegniti za svoje šole, razumeva se samo ob sebi. Mestni odbor je takrat prekoratil nekoliko svoje meje, ko je dal škofijstvu neko odškodnino za to, da je bogoslovje opustilo prostore, ktere je imelo v licealnem poslopji in da je bogoslovce preselilo v sedanji alumnat. Takrat ni bilo treba ničesar škofijstvu odstopiti, ker imel je mestni zastop v rokah še tisti dekret iz prejšnjega stoletja, ki govori, da imata na to poslopje pravico samo „anatomisches Collegium in Normalschule“. V tem dekretu od l. 1798. ni govora o gimnaziji niti o gimnazijalni biblioteki niti o liceji sploh. Licej in gimnazij prišla sta še le pozneje na vrsto, namreč da sta bila v vladinih naredbah imenovana in sicer se navajata v vladinem dopisu od 1856. l., pozneje tudi 1858. l., ko je namreč takratna vlada prav odločno izrekla, da je ta prostor namenjen gimnaziji in liceju, odnosno licealni biblioteki in normalni šoli. Da bi pa bogoslovje sploh imelo kako pravico na to poslopje, ni nikjer nobenega govora, in ravno ta vladin dopis pravi izrečno, da nima bogoslovje na licealno poslopje nobene pravice. Pozneje se je spremenila normalka v sedanjo ljudsko šolo.

Jaz ne bom tukaj iz juridičnega stališča razmotaval to stvar, ker mi o njej tako ne bomo odločili, in znano je vsem, da so se take stvari večkrat popolnoma drugače obrnile, nego so ljudje mislili.

Jaz sem v mestnem odboru ljubljanskem zadnjikrat navajal tak slučaj, kjer se o taki pravdi govori.

Precej po „Krach-u“ 1873. l., se je neka Dunajska banka, ktera je imela pravdo začeti zaradi ogromne svote, obrnila na slavne juriste, da ji povedo svoje mnenje o tej pravdi. Med temi juristi je bil prvi avstrijski civilist, namreč bivši minister Unger, ki je za drage novce spisal obširen „promemoria“ o tej pravdni zadevi, in na temelju tega mnenja je banka pravdo začela in jo je tudi srečno izgubila v vseh treh instancijah.

To je osoda pravd, gospoda moja! Ni tedaj to tako sigurno, da bi dežela dobila pravdo, kakor nam danes s tako gotovostjo to pripoveduje gospod poročevalec.

Pravno vprašanje tiči v tem, ali je mesto Ljubljana s svojimi deškimi šolami pravni naslednik prejšnje normalne šole; to je na vsak način jedro tega vprašanja. Jaz se nočem spuščati v dokazovanje, ali bi bilo to vprašanje pravno rešeno na korist in po želji Ljubljanskega mesta. Ako bi se pa pravda izgubila, vedite pa zdaj, da Ljubljana ni želela nobene pravde, nego ne želi drugega, kot z deželo narediti tako pogodbo, po kateri bi bilo čem prej mogoče deželi 40.000 gld. v žep vtakniti. Ljubljani stoji do tega, da se muzej skoraj graditi začne, kar bi bilo posebno shodno o priliki, ko prihodnje leto Njegovo Veličanstvo sem pride in se pri tej priložnosti lahko postavi temeljni kamen.

Ljubljansko mesto je gotovo opravičeno, ako zahteva samo toliko od deželnega odbora, kolikor bi moralo dajati najemščine visokemu eraru, ako še nekoliko časa šole tam ostanejo; vsaj še 10 let. Več tako ne moremo računati, ker so sobe že zdaj tam pogubne in nezdrave.

Ljubljana tedaj malo odškodnine zahteva, ako pravi, da bi se ji vsaj toliko za najemščino dalo, kolikor bo treba njej eraru plačevati; visoki erar pa gotovo ne bo veliko zahteval za te temne in neprilичne prostore.

Iz tega urokra mislim, da se bo tudi 3. točka teh predlogov prav lahko rešila in da se bo občina Ljubljanska lahko poravnala z deželo. Priporočam tedaj, da se, kolikor je mogoče, soglasno sprejme predlog finančnega odseka.

Abgeordneter Dr. Ritter v. Kattenegger:

Es ist schwer möglich sich dem Eindrucke des ersten Theiles der Rede des geehrten Herrn Vorredners völlig zu entziehen, ich glaube diesen Eindruck in der conciliantesten Form zu erkennen zu geben, indem ich sage, diese Art und Weise des Appelles an die Opferwilligkeit der Beitragslustigen wird dieselbe zu fördern schwerlich vermögen. (Sehr gut! rechts — Prav dobro! na desni.) Im Uebrigen glaube ich, daß die Auszufuhranträge 2 und 3, um welche sich die Debatte bewegt, vollständig dem Standpunkte beider Factoren, die sich hier begegnen, nämlich des Landes und der Stadtgemeinde entsprechen.

Es ist selbstverständlich, daß die hohe Landesvertretung nicht ohne Weiteres in die Anforderung der Stadtgemeinde Laibach eingehen könnte, im Gegentheile den entgegengesetzten Rechtsstandpunkt sich unverfehrt zu bewahren hat; es liegt jedoch im Interesse beider Theile, es muß beiderseits willkommen sein, daß die Möglichkeit

geboten bleibe, in eine genaue Prüfung und Abwägung der Rechtsverhältnisse einzugehen. Dem Landesausschusse sohin die Freiheit der Action gegenüber dem Ansprüche der Stadtgemeinde auf unentgeltliche Benützung der Schullokalitäten im Lycealgebäude und einen rechtzeitigen und gültigen Beschluß zu gewähren, das liegt in den dem hohen Landtage vorliegenden Anträgen. Je nachdem sich die Rechtsüberzeugung der beiden Theile gestalten wird, wird entweder durch einen billigen Ausgleich Dasjenige zu erringen getrachtet werden, was dormalen, da eine solche Ueberzeugung noch zweifelhaft sein mag, noch nicht zu erreichen wäre, oder es werden, wie der Herr Berichterstatter bereits gesagt hat, möglicher Weise beide Parteien in ihren contradictorisch entgegengesetzten Rechtsanschauungen verharren, deren Auseinanderlegung sohin zum Proceß führen wird. — Für beide hier vorausgesetzte Fälle ist in den Anträgen des Finanzausschusses Vorsorge getroffen, und aus dem Grunde ist die Position, welche der Finanzausschuß eingenommen hat, eine vollkommen gerechtfertigte und den Zweck der heutigen Verhandlung, nämlich baldigen anstandslosen Verkauf des Lycealgebäudes thunlichst zu sichern.

Abgeordneter Deskmann:

Ich glaube constatiren zu sollen, daß nach den Ausführungen des ersten Herrn Redners in diesem Gegenstande im hohen Hause eine erfreuliche Uebereinstimmung der Anschauungen herrscht, indem sowohl diese als jene Seite des hohen Hauses ein gemeinnütziges, patriotisches Unternehmen nach besten Kräften zu fördern beabsichtigt. Nur die Bemerkungen, welche bezüglich der vom Landesausschusse für den Museumsbau veranstalteten Collecte gemacht wurden, scheinen mir ungerechtfertigt zu sein, indem ja eben bezüglich des Bauplanes, des Zeitpunktes der Inangriffnahme des Baues noch keine bestimmten Anhaltspunkte vorliegen, daher wohl einzelne Museumsfreunde, welche bereit wären nicht unerhebliche Summen zu besagtem Zwecke zu widmen, noch rückhaltlos sind und die Zeichnung von Beiträgen jenem Zeitpunkte vorbehalten, wenn bereits Alles in besagter Richtung vorgekehrt sein wird. Weiters hat der erste Herr Vorredner einige höchst unbillige Bemerkungen gegen die Großgrundbesitzer auf dieser (desne — rechten) Seite des hohen Hauses vorgebracht, wogegen ich bemerken muß, daß eben Mitglieder von dieser Seite des hohen Hauses nicht unbedeutende Beiträge gezeichnet haben, und übrigens auch der Umstand in Bedacht zu ziehen ist, daß es immerhin etwas Mißliches ist, in Momenten, wo die Opferwilligkeit des Landes allseits in Anspruch genommen wird, indem auch verschiedene andere Bauten für gemeinnützige Zwecke in Aussicht genommen sind, auf Einzelne gleichsam eine Pression ausüben zu wollen. Ich bin überzeugt, daß diesfalls die versuchten Anwürfe sich als ganz ungerechtfertigt erweisen werden.

Was den Normalschulfond anbelangt, daß nämlich die Stadtgemeinde als Nachfolgerin der bestandenen Normalschule bezeichnet wird, erlaube ich mir den Herrn Vorredner auf die Allerhöchste Entschließung vom Jahre 1869 zu erinnern, womit die betreffenden Ansprüche der Stadtgemeinde als völlig unstatthaft zurückgewiesen wurden.

Berichterstatter Luckmann:

Ich möchte nur wenige Worte dem Herrn Abgeordneten Dr. Zarnik erwidern. Es ist nach meiner

Ansicht der Bau des Rudolfsinums keine Parteilache, derselbe gereicht vielmehr zum Nutzen und zur Ehre des ganzen Landes, ich glaube daher nicht, daß man da auf Beiträge irgend einer Partei hinweisen soll. Wenn bis jetzt nur kleine Beträge gezeichnet wurden, so geschah dies hauptsächlich deshalb, weil die ganze Sache gewissermaßen noch in Frage gestellt war, denn unsere Beschlüsse vom vorigen Jahre waren derartig verlausulirt, daß Mancher nicht denken konnte, es werde in nächster Zeit zum Baue des Rudolfsinums kommen, oder daß der Verkauf des Lycealgebäudes so beschleunigt werden kann, ja selbst wenn es zum Baue käme, werde hie und da die Ansicht getheilt, es wurde von jener Seite des hohen Hauses der Bau des Rudolfsinums nicht gewünscht. Wenn nun diese Furcht nicht mehr besteht, und ich glaube nach den Aeußerungen des Dr. Zarnik annehmen zu dürfen, es ist dies der Fall, dann hoffe ich, werden von beiden Parteien des Landes Beiträge geleistet werden.

In übriger Beziehung hat der Herr Dr. Zarnik mehr vom Standpunkte eines Gemeinderathes als von dem eines Landtags-Abgeordneten gesprochen, wofür ich ihm dankbar bin, da es in Streitfragen stets erwünscht ist, beide Theile zu hören.

Was die Rechtsfrage anbelangt, so kann ich darüber mit Herrn Dr. Zarnik schwer debattiren, er hat hauptsächlich betont, daß die Gemeinde dadurch, daß sie an das Seminar Lokalitäten abgetreten hat, ihre Rechte auf Benützung des Lycealgebäudes gewissermaßen als Rechtsnachfolgerin des Bisthums erworben hat. Ich erlaube mir, mich diesbezüglich auf die Entscheidung des Landeschulrathes zu beziehen, welche ich früher vorgelesen habe und worin ausdrücklich erwähnt ist, daß die Gemeinde für die erwähnte Abtretung vom Fürstbischöfe angemessen entschädigt wurde.

Ich hoffe, daß nicht bloß von Seite des verehrten Landesausschusses, sondern auch von Seite der Herren Gemeinderäthe die ganze Angelegenheit einer eingehenden Prüfung unterzogen werden wird, und nach dem, was der Herr Abgeordnete Dr. Zarnik erwähnt hat, bin ich überzeugt, daß es zum Vergleiche kommen und dadurch der Ausbau des Rudolfsinums sehr beschleunigt wird, was im allgemeinen Interesse liegt. (Bravo! rechts — Dobro na desni.)

(V specijalni debati se nihče ne oglasi in obveljajo vsi predlogi finančnega odseka v drugem in tretjem branji — In der Spezialdebatte meldet sich Niemand zum Worte und werden alle Anträge des Finanzausschusses in zweiter und dritter Lesung genehmigt.)

5. Ustna poročila upravnega odseka:

a) o pritožbi občine Črnomaljske zoper deželno-odborni odlok zastran preskrbljevanja frančiška Kolbezna.

5. Mündliche Berichte des Verwaltungsausschusses:

a) über die Beschwerde der Gemeinde Tschernembl gegen ein Landesausschuß-Erkenntniß, betreffend die Versorgung des Franz Koblbesen.

Berichterstatter Anton Ritter v. Gariboldi:

Ein gewisser Kohlbesen hat seinerzeit beim Landesauschusse eine Beschwerde eingebracht, welche dahin geht, daß ihm seine Zuständigkeitsgemeinde, das ist die Gemeinde Tschernembl keine Unterstützung gewährt, obwohl er an den unteren Extremitäten gelähmt ist und in keiner Weise sich irgend etwas verdienen kann. Auf Grund der diesfalls gepflogenen Erhebungen von Seite des Landesauschusses hat sich der letztere schließlich zu dem Auftrage an die Stadtgemeinde Tschernembl veranlaßt gesehen, daß sie diesem Hilfsbedürftigen einen Unterstützungsbetrag — täglich 10 fr. — zu entrichten habe. Gegen diese Entscheidung hat die Stadtgemeinde Tschernembl den Rekurs an den hohen Landtag selbst eingebracht, in welchem sie sagt, daß sie ja doch viel genauer die Verhältnisse des betreffenden Kohlbesen kenne als der Landesauschuß selbst; daß in der Gemeinde manche Arme sich befinden, die noch viel schlechter daran seien als Kohlbesen, ohne daß dieselben die Stadtgemeinde in Anspruch nehmen, und ersucht schließlich um Annullirung dieser Entscheidung des Landesauschusses.

Der Verwaltungsausschuß hat sich bei Berathung über diesen Gegenstand zunächst die Kompetenzfrage vor Augen gehalten und gefunden, daß der hohe Landtag in dieser Angelegenheit gar nicht competent ist. Der Landesauschuß ist das Exekutivorgan des Landtages, und als solches berufen, in allen dem hohen Landtage nicht ausdrücklich zur Entscheidung vorbehaltenen Gegenständen seine Beschlüsse und Verfügungen endgiltig zu treffen, weshalb Berufungen gegen Entscheidungen des Landesauschusses an den hohen Landtag unzulässig erscheinen. Und aus dieser Ursache hat sich der Verwaltungsausschuß zu folgendem Antrage geeinigt (bere — liest):

Der Rekurs der Stadtgemeinde Tschernembl gegen die Entscheidung des Landesauschusses vom 5. September 1882, Z. 5152 wird als incompetenzmäßig an den Landtag gerichtet dem Landesauschusse zur weiteren Amtshandlung überwiesen.

(Obvelja — Angenommen.)

b) 0 deželno-odborni predlogi št. 33. glede vzdržavanja Grosupeljsko-Krške ceste.

b) Ueber die Landesauschussvorlage Nr. 33, betreffend die Erhaltung der Großlup-Obergurker Straße.

Berichterstatter Anton Ritter v. Gariboldi:

Die Frage der Erhaltung der Großlup-Obergurker Straße bildet schon seit einer Reihe von Jahren den Gegenstand der Fürsorge des hohen Landtages, und so tritt diese Angelegenheit auch heuer vor das hohe Haus durch die im vorliegenden Berichte des Landesauschusses, Beilage 33, gestellten Anträge. Der Landesauschuß hat jene Anschauungen und Motive, aus welchen er sich zur Stellung der vorliegenden Anträge veranlaßt sah, in eingehendster Weise erörtert, und hat diese Auseinandersetzungen als Motiven-Bericht den gestellten Anträgen vorausgeschickt. Und da der Verwaltungsausschuß sich dieser Motivirung und den daraus resultirenden Anträgen, mit Ausnahme einer kleinen Ergänzung des zweiten Antrages

vollkommen anschließt, und nachdem ich annehme, daß die Herren Abgeordneten den betreffenden Bericht des Landesauschusses, welcher schon längere Zeit sich in ihren Händen befindet, aufmerksam gelesen haben, so kann ich mich kurz fassen, um nicht das schon im Berichte Gesagte wiederholen zu müssen, und werde mich darauf beschränken, nur bezüglich der kleinen Abänderung des zweiten Antrages Einiges zu erwähnen.

Die Sachlage bezüglich der Großlup-Obergurker Straße, oder richtiger Mlačevo-Obergurker Straße stellt den hohen Landtag vor die Alternative, entweder diese Straße in ihrem noch nicht in allen Punkten entsprechend hergestellten Zustande durch Erklärung als Bezirksstraße der Concurrenz der betreffenden Bezirksstraßen-Ausschüsse und namentlich des Bezirkes Sittich zu überantworten, dadurch aber auch den unausweichlichen Wiederverfall derselben herbeizuführen, oder die nothwendigen Correctionen durch die betreffenden Straßenbezirke vornehmen zu lassen und erst dann eine eigene Concurrenz durch Heranziehung aller betreffenden Straßenbezirke zu schaffen, bis dahin jedoch die Erhaltung der Straße in der Ob-sorge des Landesauschusses zu belassen.

Nach dieser Sachlage konnte sich der Verwaltungsausschuß selbstverständlich nur für die Annahme der zweiten Alternative entscheiden. Um jedoch einerseits die betreffenden Straßen-Bezirks-Ausschüsse zu einer rascheren Inangriffnahme und Durchführung der nothwendigen Correctionen und sonstigen Herstellungen zu veranlassen, und um andererseits dem Lande, welches für diese Straße schon bedeutende Beträge gewidmet hat, noch weitere Kosten zu ersparen, war der Verwaltungsausschuß der Ansicht, daß diese weiteren Erhaltungskosten nicht, wie dies im zweiten Antrage des Landesauschusses erwähnt ist, überhaupt aus dem Landesfonde zu bestreiten sind, sondern wie dies bisher üblich war, daß dieselben nämlich nur vorläufigweise angewiesen würden, und daß weiters für diese Kosten auch ein Maximalbetrag fixirt werden müßte, welcher nach dem Durchschnittsergebnisse der bisherigen Erhaltungskosten zu fixiren wäre.

Aus diesen Motiven hat der Verwaltungsausschuß geglaubt, den Antrag 2 des Landesauschusses, welcher in der Fassung des Landesauschusses lautet (bere — liest):

2. „Die Neuanlage der Obergurk-Großluper Straße bleibt wie bisher in der unmittelbaren Ob-sorge des Landesauschusses, welcher ermächtigt wird, die hiefür entfallenden Kosten bis zu jenem Zeitpunkte, wo die ad 1 a—c gedachten Straßencorrectionen vollendet sein werden, aus dem Landesfonde zu bestreiten“ insofern in eine strictere Fassung zu bringen, daß er lauten würde (bere — liest):

Die Neuanlage der Großlup-Obergurker Straße bleibt auch im Jahre 1883 in der unmittelbaren Ob-sorge des Landesauschusses, welcher ermächtigt wird, die hiefür entfallenden Kosten bis zum Maximalbetrage von 1500 fl. aus dem Landesfonde in der bisherigen Weise zu bestreiten.

In der bisherigen Weise ist nämlich soviel wie vorläufigweise.

Was die für diese Straße bisher aufgewendeten Reconstructions- und Erhaltungskosten anbelangt, welche allerdings den bisherigen Landtagsbeschlüssen gemäß nur vorläufigweise geleistet wurden, so bleibt bei der Un-möglichkeit, diese nachträglich in irgend einer Weise

hereinzubringen, nichts anderes übrig, als dieselben definitiv auf den Landesfond zu übernehmen. Und deshalb schließt sich auch der Verwaltungsausschuß dem 3. Antrage des Landesausschusses an.

Nach dieser kurzen Darlegung erlaube ich mir daher die Anträge des Landesausschusses respective des Verwaltungsausschusses mit der Abänderung des 2. Antrages vorzulegen und der Annahme des hohen Hauses zu empfehlen (bere — ließt):

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Landesausschuß wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß

- a) der Straßenausschuß des Bezirkes Laibach Umgebung im kommenden Jahre die Bezirksstraßentrecke von Großlup bis Großmlatschen durch entsprechende Erbreiterung und Aufhöhung der Fahrbahn in einen den gesetzlichen Bestimmungen und den Verkehrsverhältnissen entsprechenden Stand versetze und bei diesem Anlasse die tief gelegenen Partien derselben durch Anschüttung über das Niveau des beiderseits gelegenen Terrains derart hebe, daß das zeitweise aus dem Bette tretende und über die umliegenden Gründe sich ergießende Wasser des in der Ebene mit tragem Lauf sich hinziehenden Baches die Fahrbahn nicht überflutet;
- b) der Straßenausschuß des Bezirkes Sittich die Correctur der Straßentrecke bei Obergurk, welche auch einen Bestandtheil der Obergurk-Raschiza Bezirksstraße bildet, dann jene gegen Großleffe bis zur Seisenberger Bezirksgrenze durchführe;
- c) die Straßenausschüsse der Bezirke Rudolfswerth, Möttling und Tschernembl die Ausfertigung der Projekte über jene Straßencorrecturen, durch deren Ausführung die Obergurk-Großluper Straße erst zu ihrer vollen Bedeutung gelangt, derart fördern, daß dieselben über vorherige eingehende Ueberprüfung seitens des Landesausschusses dem nächsten Landtage zur endgiltigen Beschlußfassung vorgelegt werden können.

2. Die Neuanlage der Großlup-Obergurker Straße bleibt auch im Jahre 1883 in der unmittelbaren Obforge des Landesausschusses, welcher ermächtigt wird, die hierfür entfallenden Kosten bis zum Maximalbetrage von 1500 fl. aus dem Landesfonde in der bisherigen Weise zu bestreiten.

3. Der Landtag genehmigt, daß die Kosten für die Wiederinstandsetzung der mehrgedachten Straße sowie jene für deren bisherige Erhaltung auf den Landesfond übernommen werden.

(V generalni in specijalni debati se nihče ne oglasi in obveljajo vsi predlogi v drugem in tretjem branji — In der General- und Spezialdebatte meldet sich Niemand zum Worte und werden sämtliche Anträge in zweiter und dritter Lesung genehmigt.)

6. Ustna poročila peticijskega odseka:

- a) o prošnji občine Dol zastran podpore za zgradbo v obrambo bregov.

6. Mündliche Berichte des Petitionsausschusses:

- a) über das Gesuch der Gemeinde Dol um Subvention für Uferschutzbauten.

Poročevalec Grasselli:

Slavni zbor!

V 8. seji dne 28. septembra t. l. je slavni zbor peticijskemu odseku izročil prošnjo županstvo v Dolu zastran podpore za zgradbo v obrambo Savskih bregov. Peticijski odsek je to prošnjo pretresal in se je preveril, da ta prošnja meri na ista zadevo, katero je visoki zbor obravnaval v 6. seji od 25. septembra t. l., reševaje poročilo deželnega odbora zadevajoče deželni donesek za stavbe v obrambo Savskih bregov pri sv. Jakobu in pri Beričevem. Prošnjo, katero je slavni zbor prejel v 8. seji, izazvala je najbrž najnovejša povodenj in nasledek te povodnji je v tej prošnji opisan tako, da tamošnjim gospodarjem zemljišč in hiš — ležečih ob bregu Save, grozi velika nevarnost, ker le še 3 do 4 metre od vasi je struga Save. V prošnji se trdi, da ne bo dolgo časa trajalo in vas Beričevo bo s 50 orali zemlje odplavljena. Podpisanih je na tej prošnji poleg župana še 6 posestnikov in županstvo s temi posestniki vred prosi deželni zbor za pomoč, da se nemudoma prične delo v obrambo Savskega obrežja poleg Beričevega. Prošnja pravi, da so posestniki pripravljene sodelovati z vožnjo kamenja in tudi zadovoljni s priklado na davek. Poblize v prošnji nič ni povedano in deželnemu zboru bi bilo vsakako težko to stvar takoj rešiti, ker, ako dotična občina ali dotični posestniki niso voljni več žrtvovati za tako delo, nego takrat, ko so doprinesli nekoliko čez 300 gld., bo najbrž ta njihova prošnja neugodno rešena, ker je slavni zbor poročilo deželnega odbora v prilogi 11. v 6. seji t. l. rešil s tem, da je sklenil (bere — ließt):

„Der Landesausschuß wird beauftragt, der k. k. Regierung in Beantwortung der Note vom 8. März 1882, Z. 9414, zu eröffnen, daß dermalen ein Beitrag aus Landesmitteln zu dem projektirten Förttschacher Uferschutzbau nicht zugesichert werden könne“.

Z ozirom na nespremenjene okolnosti peticijski odsek ni mogel staviti v zadevi te nove prošnje nasprotnega predloga, nego je soglasno sklenil nasvetovati slavnemu zboru (bere — ließt):

„Slavni deželni zbor naj sklene: Dolskega županstva prošnja za pomoč, da se nemudoma prične delo v obrambo Savskega obrežja poleg vasi Beričevo, se izroči deželnemu odboru z nalogom, naj to zadevo takoj tehnično pregledati dá, v dorazumljenj z visoko c. kr. vlado če treba ukrene, kar bode spoznal za nujno, in prihodnjemu deželnemu zboru poroča o tem, ali o uredbah, o katerih bode morda pokazalo se, da so neobhodno potrebne“.

To je predlog peticijskega odseka, katerega priporočam slavnemu zboru.

Poslanec Klun:

Slavni zbor!

Jaz nisem namenil govoriti o predmetu, o katerem nam je peticijski odsek svoj predlog ostavil, ampak le konstatiram, da je Sava napravila veliko škodo ne samo Beričevcem nego tudi nekaterim vsem viši gori in zlasti tudi ljudje v Stožicah pri Ježici so bili v veliki nevarnosti pri obrambi Save

in je še dalje časa bila velika nevarnost, da bo s poplavo spodjedena cela vas in ljudje so se že res iz vasi morali umakniti, ker so bili v nevarnosti, da bi se še pri kaki nesreči podrli v Savo. Treba bo toraj to stvar obsežno ogledati, da se nevarnost pri vsaki mogoči nesreči odstrani, ker gotovo je, če se ta reč zamudi, da bi se lahko strašna nesreča dogodila in dežela bi v tem slučaju imela ne le skrbeti za uravnavo Save, ampak bi tudi imela skrbeti za mnoge nesrečne ljudi. Jaz se toraj vsojam kot dodatek predlogu, ki ga je stavil peticijski odsek, staviti še sledeče (bere — lieš):

a) Deželnemu odboru se naroča, da prej ko mogoče odpošlje k Savi pri Stožicah ogledovalno komisijo, da preišče nevarnost, ki tej vasi preti, in prihodnjemu deželnemu zboru o tem poroča, oziroma stavi za odvrnitev te nevarnosti primerne predloge.

b) Ob enem se deželni odbor pooblašča, da nemudoma potrebno ukrene, ako bi se reč ne dala odkladati.“

Jaz mislim, da bi bilo morebiti prepozno, ako bi celo zimo zopet pustili omenjene vasi v taki nevarnosti in ko bi čakali, da še le drugo leto prihodnji deželni zbor to reč reši. Jaz mislim, da bi deželni odbor sam ukrenil, kar se bo njemu po natančni preiskavi potrebno zdelo.

Priporočam svoj predlog slavnemu deželnemu zboru. (Predlog se podpira — Der Antrag wird unterstützt.)

Landeshauptmann:

Ich glaube, daß das ein besonderer Antrag ist und daher separat zur Abstimmung kommen wird.

Abgeordneter Dr. Ritter v. Stattenegger:

Wie ich den Antrag aufgefaßt habe, fällt dessen erster Punkt seinem Wesen nach mit dem des Petitionsausschusses zusammen und unterscheidet sich nur in dem Orte, wohin der Landesausschuß die Commission entsenden sollte.

Den 2. Antrag, daß nämlich der hohe Landtag einen besonderen Kredit dem Landesausschuße eröffnen solle, fasse ich als Zusatzantrag auf. Demgemäß wäre eine Combination der beiden erstbesprochenen Anträge möglich, während der 2. Antrag des Herrn Abgeordneten Klun als Zusatzantrag zum Antrage des Petitionsausschusses zur Abstimmung käme.

Abgeordneter Klun:

Ich ändere meinen Zusatzantrag dahin ab, daß ich nur die Einschaltung der Worte: „in pri Stožicah“ im Petitionsausschußantrage nach dem Worte: „zadevo“ beantrage, und der 2. Antrag, daß der Landesausschuß beauftragt werde, die nothwendigen Anstalten zu treffen, wenn Gefahr im Verzuge ist, ist als Zusatzantrag anzusehen. (Podpira se — Wird unterstützt.)

Abgeordneter Deschmann:

Es ist der Gegenstand wegen der Wassereinbrüche in der Gegend von Stožice dem Landesausschuße genügend bekannt. Es haben nämlich die kaiserlichen In-

genieure bei den Erhebungen über die nothwendigen Schutzbauten bei der Tschernutcher Brücke auch die Einrisse der Save gegen Stožice zu eingehenden Studien unterzogen, da zu wiederholtenmalen von Seite der betreffenden Dorfsassen Ansuchen gestellt worden sind, die verheerenden Wirkungen des Savestromes zu paralysiren. Es ist auch ein beiläufiger Kostenvoranschlag damals verfaßt worden, die benöthigte Summe würde eine horrende sein.

Die Hauptursache, warum die Einrisse der Save in den dortigen Gegenden geschehen sind, ist darin gelegen, weil gerade von Seite der Ortsassen zu wenig Rücksicht genommen wurde auf die beholzten Auen längs der Save.

Wenn die Herren einen Spaziergang nach Stožice machen würden, so würden sie die Ueberzeugung gewinnen, daß dort, wo vor einigen Jahren lauter mit Weidengehölz und Pappeln bewachsene Auen waren, dieselben jetzt sehr stark in Culturland umgewandelt wurden, und wenn die Save einmal einen Angriffspunkt in's Terrain gewonnen hat, so äußern sich ihre verheerenden Wirkungen immer mehr und zwar gegen das rechte Ufer zu.

Weiters ist noch ein Uebelstand der, daß im Saveflußbette an verschiedenen Stellen Flußschotter gewonnen wird, ohne daß da die gehörige Ueberwachung stattfindet, und daher durch die Wahl von unpassenden Stellen ebenfalls neue Angriffspunkte für die Einrisse der Save sich ergeben.

Ich stimme dem Antrage des geehrten Herrn Voredners bei, daß diesfalls weitere Erhebungen zu pflegen sein werden, allein ich glaube, man wird sich darauf beschränken müssen, lokalpolizeiliche Anordnungen den betreffenden Gemeinden bestens anzuempfehlen, indem eine Inangriffnahme der Arbeiten solche Kosten dem Lande verursachen würden, die im Landesfonde gar nicht vorgesehen sind. Ich würde mich mit dem Antrage des Herrn Abgeordneten Klun im ersten Theile einverstanden erklären, was jedoch den zweiten Theil anbelangt, nämlich zugleich die Vorkehrungen zu treffen, so würde ich wohl dem Herrn zu erwägen geben, daß die diesfälligen Ausgaben so bedeutend sind, daß die dem Landesausschuße zur Verfügung stehenden 5000 fl. nicht ausreichen würden; weiters hat die Erfahrung gelehrt, daß, wenn solche Arbeiten nicht systematisch in Angriff genommen werden, alles dasjenige, was nur für provisorische Vorkehrungen ausgegeben wird, hinausgeworfen ist.

Poslanec dr. Poklukar:

Nasveti, o kterih se obravnava, imajo gotovo dober namen, namreč nevarnost povodnji odvrniti od vasi, in kar se tiče nasveta za hitro pomoč, se jaz popolnoma strinjam. Kar se pa tiče predloga gospoda poslanca Kluna, bi se vsojal dodati mali dostavek, in sicer, da bi dobro bilo, da se to stori vzajemno s c. kr. vlado, ker, moja gospoda, ne smemo prezreti, da bi naša dežela za te namene ne imela dosti denarne moči. Tudi mi je opozoriti na to, da je, kakor je znano, 20.000 gld. uvrščeno v državni proračun za uredbo Save, in kakor je tudi znano, se za druge dežele velikanske svote v take namene izplačujejo, posebno za Donavo se je letos izjemno velika svota dovolila, ravno tako se tudi velike svote iz Ogrske za to reko doprinašajo, in kadarkoli je govor v

državnem zboru o tem, so vsi zastopniki te misli, da se ne sme v tem oziru preveč na štednjo gledati. Ravno tako je treba tudi gledé drugih rek. Resnično je, da se je zmiraj skrbno oziralo na vode v Galiciji in na vodo In na Tirolskem. Jaz bi priporočal, da se temu nasvetu dodá neka prošnja, naj visoka c. kr. vlada posreduje in po svojih uradih nasvetuje visokemu ministerstvu, da za uredbo Save z ozirom na našo deželo prihodnje leto privoli v proračunu primerno večo svoto. Tudi pri manjih vodah so nesreče, n. pr. pri Vipavi, Bistrici in drugih vodah, za ktere bi dežela že zmogla pomoč, ali kadar Sava prodre in z nevarnostjo žuga, mora naša dežela poklicati v pomoč državo, ker ima pravico na to, kakor jo imajo tudi druge dežele.

Toraj stavim sledeči nasvet (bere — liešt):

„Slavna c. kr. vlada se naprosi, tek in bregove Save v naši deželi po potrebi dati pregledati in na taki podlagi c. kr. ministerstvu predložiti, da se za vredjenje Save za primerno število prihodnjih let v državi proračun stavijo primerno večje svote.“

(Podpira se — Wird unterstützt.)

Poslanec Robič:

Jaz sem ravno to hotel omeniti, kar je omenil gospod poslanec dr. Poklukar, samo bi to pristavil, da ima reka Sava dosti koristi za celo državo in da cela država tudi davek plačuje. Tedaj imajo vse okolice pravico zahtevati, da ne bojo, kakor so nekatere dozdej, kot kake puščave pri Savi.

Abgeordneter Fotočnik:

Ich werde nur einige wenigen Bemerkungen diesfalls machen, und zwar möchte ich vor allem Anderen den Landtag darauf aufmerksam machen, daß es allerdings dort, wo Ströme und Flüsse bereits in Verwilderung übergingen, sehr schwer und kostspielig ist, dieselben wieder in das regelmäßige Bett zu lenken; allein eine der größten und wichtigsten Aufgaben der Hydrotechnik ist es, rechtzeitig vorzubeugen, daß Flüsse und Ströme verhindert werden auszuarten, daß sie nicht ihr Bett verlassen und in Verwilderung überzugehen, und hiefür ist eine der ausgiebigsten Arbeiten die Anlage von Pflanzungen. Solche Pflanzungen anzubringen ist die wichtigste Aufgabe, welche bei solchen Gelegenheiten und bei der Feststellung eines Normalprofils gestellt wird. Mir ist es nicht bekannt, daß für die Save von St. Jakob nach Cernuče aufwärts das so unausweichlich nothwendige Normalprofil wissenschaftlich festgestellt worden wäre.

Bevor man daher im Flußbaue irgend etwas vornehmen will, ist es vor allem Anderen nothwendig, daß man ein Normalprofil feststellt und daß man einen genauen systematischen Plan vor sich hat.

Daß Pflanzungen oft riesige Vortheile bieten, ist gar oft, und namentlich in Galizien bewiesen worden, wo an den Ufern der Weichsel großartige Pflanzungen mit bestem Erfolge angebracht worden sind, die hohe Regierung hat 1,080.000 fl. für die Regulirung der Weichsel genehmigt, welche größtentheils dadurch erspart worden sind, daß statt großartiger Bauten systematisch angelegte Pflanzungen bewirkt wurden und hiedurch der Strom in sein Normalprofil gewiesen wurde. Man

gewinnt dadurch Materiale für künftige Bauten und verhindert den Fluß zu weiteren Auschreitungen.

Ich werde keinen Antrag stellen, ich wollte vielmehr nur auf die Vortheile der sogenannten Normalprofile hinweisen und auf den Werth des Anbringens von solchen Pflanzungen aufmerksam machen, durch welche in nicht kostspieliger Weise Flüsse vor Ausartungen gewahrt und an der Save sehr viel an Land und Materiale gewonnen werden könnte.

Poslanec Klun:

Čudim se, da gospod poslanec Deschmann ugovarja mojemu drugemu nasvetu, ki je tako potreben, da ga ne morem opustiti, ako hočemo res komu pomagati. Vzemimo reč, kakor stoji, da bi komisija na dotični kraj prišla, ogledala ga in bi spazila, da treba reč v enem mesecu v roke vzeti, ker bi sicer omenjene vasi res bile v nevarnosti, in ko bi se šele prihodnjemu zboru poročalo, da se bo ta ali una vas pogreznila v vodo. Deželni odbor mora imeti oblast, da nemudoma potrebno ukrene. Zato ne smemo čakati, da bi se nam reklo: „Roma deliberante Saguntum periit“. Dokler čakamo, bi voda že lahko 2, 3 vasi odnesla. Na vsak način naj bi se sprejel tudi ta drugi predlog, ker bo sicer naš deželni odbor v stiski, da bi moral pomagati, a ne bo za to pooblaščen.

Landespräsident Andreas Winkler:

Es ist von Seite des Herrn Abgeordneten Dr. Poklukar der Wunsch ausgesprochen worden, es möge sich die Regierung beim hohen Ministerium dahin verwenden, daß womöglich größere Summen in den Staatsvoranschlag eingestellt werden für die Uferschutzbauten am Savestrom.

Ich von meinem Standpunkte vergönne gewiß dem Lande Krain jede mögliche Unterstützung, welche von Seite des Reiches geleistet werden kann, und bin den diesfälligen Wünschen immer gerne nach Thunlichkeit entgegengekommen.

Von den Bewohnern aus verschiedenen Gemeinden an den Saveufeln sind bereits oft Klagen eingelaufen, daß ihre Gründe und selbst ihre Häuser in Gefahr sind, von den Wogen der Save fortgerissen zu werden, und ich habe wiederholt die mir zur Verfügung stehenden Ingenieure abgeordert, daß sie Erhebungen pflegen und auch die nöthigen Projekte ausarbeiten. Gewöhnlich sind aber mit der Ausführung von derlei Arbeiten so bedeutende Kosten verbunden, daß sie, wie begreiflich, von den Interessenten nicht getragen werden können, und ich habe auch nicht unterlassen, in dieser Beziehung Anträge beim hohen Ministerium zu stellen.

Allerdings gilt es hier nicht bloß ein Reichsinteresse zu schützen, sondern zunächst das Interesse der theiligten Grundbesitzer; es muß also in jedem speziellen Falle immer von den zunächst Theilhabenden die Bereitwilligkeit ausgesprochen und wohl auch sichergestellt werden, daß sie ihrerseits nach Kräften zur Abhaltung des Uebels beitragen werden, dann wird auch die Regierung ihrerseits nicht ermangeln, mit Unterstützungen zu Hilfe zu kommen, sei es aus Rücksichten der Landescultur, sei es aus strompolizeilichen Rücksichten. Aber die erste Bedingung hiebei ist die, daß zunächst die Interessenten ihre Bereitwilligkeit zu erkennen geben, daß

Thrige zu leisten, und andererseits — weil nur mit vereinten Kräften große Summen aufgebracht werden können — daß von Seite der hohen Landesvertretung Subventionen in Aussicht gestellt werden. Bei Erfüllung solcher Bedingungen wird dann von meiner Seite gewiß den Wünschen des Herrn Abgeordneten die gehörige Berücksichtigung zu Theil werden.

Abgeordneter Dr. Schaffer:

Ich möchte nur ein Paar Worte bezüglich des zweiten Theiles des vom Herrn Abgeordneten Klun gestellten Antrages, beziehungsweise des Zusatzantrages zum Antrage des Petitionsausschusses, der dahin geht, den Landesausschuß zu bevollmächtigen, unter Umständen bereit zu sein, mit gewissen Bauten vorzugehen, — erwiedern.

Nun dieser Antrag, so gut er auch gemeint ist, scheint mir doch auf einer gewissen Verkennung der Verhältnisse bei der Save-Regulirung zu bestehen. Es ist zum Beispiel bei der Regulirung der Save in Lustthal aus vereinten Mitteln des Landes, des Staates und der Betheiligten vorgegangen worden, und es hat sich gezeigt, daß solche Regulirungen nicht 3, 4, 5 und 6000 fl., sondern höhere Beträge, Summen sogar bis 20.000 fl. erfordern.

Es darf auch nicht unüberlegt bleiben, daß für diesen speziellen Fall nicht einmal ein fertiges Projekt, nach welchem der Strom regulirt werden sollte, vorliegt, und somit eine systemmäßige Inangriffnahme der betreffenden Arbeiten ganz ausgeschlossen ist. Es würden daher die nach Umständen da oder dort verausgabten Paar Tausende ganz nutzlos herausgegeben werden.

Poročevalec Grasselli:

Kot poročevalec peticijskega odseka prav za prav nimam ničesar spregovoriti, ker se o predlogu peticijskega odseka, o katerem sem imel čast poročati, prav za prav ni nič govorilo, ampak stavljeni so bili le še predlogi, katerim je poročilo peticijskega odseka dalo povod. Jaz teh predlogov v imenu peticijskega odseka, se vé da, ne morem niti priporočati, niti zavračati; vendar bi z ozirom na to, kar so nekteri gospodje navajali, usojal se omeniti nektare stvari. Zoper to pač, mislim, ne bo nihče ugovarjal, da se preiskovanje, katero predlaga peticijski odsek gledé vasi Beričevo, raztegne tudi še na vas Stožice, ker bi se to preiskovanje lahko moglo ob enem opraviti. Jaz sem sploh mislil, da bi se to preiskovanje ne smelo omejiti na vas Beričevo, in če bi prav gospod poslanec Klun ne bil izrečno tega predloga stavil, bi se to že samo ob sebi imelo razumevati. Jaz bi se usojal pri tej priliki svoje mnenje izreči, da morda ravno dozdaj uravnavanje struge je pglavitni vzrok, da Sava zdaj tukaj, zdaj tam bolj nagaja, in da brez načrta v velikem slogu takega dela ne bo mogoče izvesti ugodno. Jaz nisem strokovnjak v teh stvaréh, ali vendar si mislim, da je mogoče, da ravno to, kar se popravlja na enem kraju, provzročuje neugodne nasledke na drugem kraju struge. Zaradi tega je potrebno, da bi se to preiskovanje tako vršilo, da se pregleda velik del struge in da se natanko preišče, ali ni morebiti vzroka, zaradi kterega trpi vas Beričevo, iskati v delih, ktera in kakor so bila dozday

izvršena. Toraj se samo po sebi umeje, da naj bi se to preiskovanje vršilo temeljito in na vse strani.

Kar se tiče predloga gospoda poslanca Kluna, ki ga je v tem smislu priporočal, naj se deželni odbor pooblasti, da smé v to svrho večo svoto potrošiti — gledé tega troška sploh bi se drznil opomniti na eno stvar, in sicer na to, da bi bilo za troške, kateri bodejo neizogibni, če se hoče to delo res tako izvršiti, da bo za kaj časa dobro, treba velikanske svote, in v tem oziru v prvi vrsti moramo vprašati, ali so taki stroški v razmeri s škodo, katero voda dela, in z dobičkom, ki ga bodo posestniki imeli, če se dotično delo izvede. Jaz bi skoraj rekel, da se v posameznih slučajih to lahko odločno zanikuje. Od strani peticijskega odseka bi toraj samo še enkrat priporočal peticijskega odseka predlog, ki se tiče samo vasi Beričevo, ktera je za pomoč prosila. O drugih predlogih sem pa izrekel le svojo osebno mnenje.

Landeshauptmann:

Ich gedenke die Abstimmung in folgender Weise vorzunehmen: zuerst den Antrag des Petitionsausschusses, in zweiter Linie diesen Antrag mit dem Zusatz a des Herrn Abgeordneten Klun, in dritter Linie den Zusatzantrag b des Herrn Abgeordneten Klun, und zuletzt den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Pöslufar.

(Pritrjuje se — Zustimmung.)

Ich bringe sonach den Antrag des Petitionsausschusses zur Abstimmung.

(Obvelja — Angenommen.)

Ich ersuche nun jene Herren, welche dem Zusatzantrage a des Herrn Abgeordneten Klun zustimmen, dahingehend, daß lediglich die Einschaltung der Worte „in pri Stožicah“ im Petitionsausschuß-Antrage nach dem Worte „zadevo“ eingeschaltet werden, sich zu erheben.

(Obvelja — Angenommen.)

Ich ersuche nun die Herren Abgeordneten über den Zusatzantrag b des Herrn Abgeordneten Klun abzustimmen.

(Ne obvelja — Wird abgelehnt.)

Schließlich bringe ich noch den Antrag des Herrn Dr. Pöslufar zur Abstimmung.

(Obvelja — Angenommen.)

b) O prošnji prisilne delalnice paznika Dobnikarja za vštetev nekih emolumentov, kadar bode provizioniran.

b) Ueber das Gesuch des Zwangsarbeitshaus-Aufsehers Dobnikar um Einrechnung seiner Emolumente bei eventueller Provisionirung.

Poročevalec Grasselli:

Naslednja točka dnevnega reda je peticijskega odseka poročilo o prošnji nadpaznika v prisilni delalnici Jožefa Dobnikarja za vštetev emolumentov v slučajih upokojenja, katero prošnjo je slavni zbor v 6. seji od 25. septembra t. l. izročil peticijskemu odseku. Iz dotične prošnje se usojam navajati sledeča data:

Prosilec Jožef Dobnikar je dovršil 42 let službovanja in vsled tega se bliža že tista starost, da mu ne bo mogoče več opravljati to službo. Po nor-

malih, kateri veljajo pri deželnem odboru gledé pokojninske pripadnine, se paznikom prisilne delalnice ne prištevajo stranski dohodki ali emolumenti. In tako bi ta mož, če bi stopil v stalno umirovljenje, na škodi bil nasproti zadnjim svojim dohodkom. Prosilec pravi, da bi mu jako težko delo, ko bi se mu na stare dni stanje pohujšalo namestu poboljšalo, in zaradi tega prosi, naj bi mu izredno in po poti milosti deželni zbor dovolil, da bo še za naprej užival relutum za kruh, za monturo pa za kurjavo in svečavo, ter se sklicuje na precedens, da je v nekem slučaju neki paznik prisilne delalnice tudi izredno po poti milosti užival še za umirovljenja svoje postranske prihodke. Upraviteljstvo prisilne delalnice je prošnjo paznika Dobnikarja jako toplo priporočilo. Ker je ravno to poročilo upraviteljstva podlaga predlogu peticijskega odseka, zato se usojam, nekatere stavke iz tega poročila ad verbum prečitati slavnemu zboru.

Upraviteljstvo piše (bere — liešt):

„Josef Dobnikar ist am 7. April 1822 zu Podutitz bei Laibach geboren und steht somit im 61. Lebensjahre. Im Jahre 1842 zum vaterländischen Regimente affittirt, diente er daselbst 11 Jahre 8 Monate und 8 Tage, hatte die Feldzüge 1848—1849 mitgemacht und ist seit 6. August 1853, also nahezu 30 Jahre Bediensteter der Zwangsarbeitsanstalt. Traditionell ging dessen Lob von jedem Vorstande der Anstalt auf den Nachfolger bis auf die jüngste Zeit über, so daß man mit gutem Gewissen behaupten kann, daß ein Diener wie Dobnikar, welcher durch sein ganzes Leben von der frühesten Jugend bis zum Greisenalter stets seine Pflicht gethan hat, ohne nur um ein Haar von derselben abzuweichen, eine Seltenheit ist.“

Z ozirom na to priporoča tudi upraviteljstvo prošnjo omenjenega Dobnikarja, naj bi mu se postranski dohodki pustili v slučaju njegovega umirovljenja. Ti postranski dohodki znašajo za 6 sežnjev drv 36 gld., za 12 funtov sveč 3 gld., za kruh 33 gld. in za obleko pavšal 36 gld.; tedaj skupno 108 gld. — Upraviteljstvo pravi in predlaga, naj se prosilec pusti za slučaj njegovega umirovljenja vseh 108 gld. — Ker se pa prosilec in pa tudi upraviteljstvo sklicuje na tist precedens, kakor sem že prej omenil, je peticijski odsek stvar iztražival in našel, da je istinita in da je res deželni odbor v jednem slučaju že leta 1870. nekemu pazniku Mejaču tudi po umirovljenji dovolil uživanje postranskih dohodkov. A pri Mejaču je bilo pač to merodajno, da se je on unesrečil v službi, ker ga je zadela strela pri opravljanji službe. Mejaču se je poleg njegove plače, ki je 192 gld. na leto iznašala, pustil še užitek reluta za kruh in deputata za kurjavo in svečavo, a o pavšalu za monturo ali za obleko, kakor je iz dotičnih spisov videti, ni bilo govora. Iz tega razloga, da je tukaj kakor leta 1870. tudi izreden slučaj, da prosi deželni sluga, ki je tako izredno pohvaljen od upraviteljstva, je peticijski odsek soglasno sklenil priporočati slavnemu zboru, naj ne odbije prošnje Dobnikarjeve, vendar se mu je zdelo umestno nasvetovati, da bi prošnje slavni deželni zbor ne sprejel popolnem tako, kakor je stavljena, kakor predlaga upraviteljstvo in kakor prosi prosilec, nego da bi se ne dovolilo vseh 108 gld., za katere prosi, ampak peticijski odsek je tega mnenja, naj bi se prosilec Jožefu Dobnikarju dovolilo uživanje samo reluta za

drva, za sveče in kruh, kar vse skup iznaša 72 gld. Zatorej predlaga peticijski odsek (bere — liešt):

„Slavni deželni zbor naj sklene:

Deželne prisilne delalnice II. nadpazniku Josipu Dobnikarju se za slučaj njegovega umirovljenja potem milosti izredno dovoli, da se bode njegovemu pravilnemu provizijonu všteval relutum za kurjavo (36 gld.), za svečavo (3 gld.) in za kruh (33 gld.), skupaj 72 gld., ki se mu bodo izplačevali ob enem s pokojnino v mesečnih rokih po šest forintov.“

Ta predlog priporoča slavnemu zboru peticijski odsek. (Obvelja — Angenommen.)

c) O prošnji Janeza Ranta in družnikov iz Martinjega Vrha za povrnitev nekih gozdnih pravic.

c) Ueber die Petition des Johann Rant und Genossen von Martinjeverh wegen Rückerlangung einiger Walddrechte.

Poročevalec Grasselli:

V 12. seji dné 3. t. m. je slavni deželni zbor peticijskemu odseku izročil prošnjo Janeza Ranta in treh družih posestnikov iz Martinjega Vrha za povrnitev nekih gozdnih pravic. Ta prošnja je jako obširna in jaz se osmeljam svetovati slavnemu zboru, naj ne zahteva, da vso to prošnjo berem, ampak dovoli, da le najvažnejše reči iz te prošnje povem, ker tukaj gre za neko zadevo, ktera se prav za prav čisto nič ne tiče slavnega deželnega zbora. Tedaj prosim pritrenja, da cele prošnje ne berem. (Klici: Ni treba! — Rufo: Es ist nicht nothwendig!)

Prosilce sem že poprej imenoval, no sestavitelj te prošnje je slavnemu zboru že precej znani gospod Matija Rant. To je mož, ki ima neizmerno veliko zaupanje do slavnega zbora, od ktereга pričakuje olajšave kterihbod bremen, ki ga težijo. (Veselost — Heiterkeit.) V tej zadevi je gospod Matija Rant nadlegoval slavni deželni odbor že l. 1877. in že takrat je deželni odbor odbil njegovo prošnjo in ga podučil, da ta reč ne spada pred deželni odbor, in ga navajal na tisti pot, na katerem bi se v tej zadevi še kaj moglo doseči. Samo toliko toraj omenim iz zdanje prošnje, da gre v njej za razdelitev nekake skupne lastnine in za odškodnino neke pašne pravice; o tej reči se je med posestniki že dvakrat pogajalo in dotični odloki so uže zdavnaj pravoveljavni postali, tako da niti pri kompetentni instanci nič več opraviti ni mogoče. Zaradi tega sem jaz mislil, da slavni zbor ne bo interesirala cela prošnja, ko bi jo prebral. (Klici: Bog obvari! — Rufo: Gott bewahre!) Brez dvoma to smem smatrati kot voljo slavnega zbora, da prošnje ne berem, ampak da samo objavim peticijskega odseka sklep, ktereга se usojam na sprejem predložiti slavnemu zboru. Ta sklep se glasi tako (bere — liešt):

„Slavni deželni zbor naj sklene:

Prošnja Janeza Ranta in tovarišev se izroča deželnemu odboru z nalogom, naj jo odbije, ker stvar ne spada v delokrog deželnega zastopa, in naj pouči prosilce, da njihovi želji ni moči vstreči.“

(Obvelja — Angenommen.)

7. Ustno poročilo finančnega odseka:

- a) o prošnji bolnišničnega kontrolorja Gabriela Urbasa za povečanje petletnic;
- b) o prošnji deželnega računovodja Martina Ivanetiča za dopust.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses:

- a) über das Gesuch des Spitalskontrolors Gabriel Urbas um Erhöhung seiner Quinquennalzulagen;
- b) über das Urlaubsgesuch des Landesbuchhalters Martin Ivanetič.

Landeshauptmann:

Die weitere Berathung und Beschlußfassung des hohen Hauses wird sich erstrecken über Angelegenheiten zweier landschaftlicher Beamten; ich erlaube mir daher mit Rücksicht auf den Umstand, als dieser Gegenstand persönliche Angelegenheiten betrifft, eine geheime Sitzung zu beantragen.

(Pritrjuje se — Zustimmung.)

Ich bitte die Herren Zuhörer den Saal zu verlassen.

(Javna seja preneha ob 15. minuti čez 1. uro in se zopet začne ob 2. uri — Die öffentliche Sitzung wird um 1 Uhr 15 Minuten unterbrochen und um 2 Uhr wieder aufgenommen. — Ko se javna seja zopet prične — Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung):

Ich erkläre wieder die Sitzung für öffentlich und constative die Beschlußfähigkeit des hohen Hauses.

Ich bitte die beiden Beschlüsse, die in der geheimen Sitzung gefaßt wurden, respective die genehmigten Anträge zu protokollieren.

Der Beschluß über das Gesuch des Landesbuchhalters Martin Ivanetič lautet (bere — liest):

„Das Gesuch um Bewilligung eines dreimonatlichenurlaubes werde abgewiesen und dem Landesauschusse die Ertheilung eines kürzeren Urlaubes im eigenen Wirkungskreise überlassen. Dem Ansuchen, daß bei etwaiger Pensionirung des Gesuchstellers dessen volle Jahresbezüge der Bemessung des Ruhegehaltes zu Grunde gelegt werden, werde nicht stattgegeben, wohl aber gestattet, daß der Ruhegehalt dem Letzteren mit Einrechnung der Personalzulage von 100 fl. von dem Jahresbezüge pr. 1500 fl. bemessen werde.“

Der Beschluß über das Gesuch des Spitalskontrolors Urbas um Erhöhung seiner Quinquennalzulagen lautet (bere — liest):

„In der Erwägung, daß es nach dem Landtagsbeschlüsse vom 9. beziehungsweise 12. Juli 1880 bezüglich der Quinquennalzulagen der Landesbeamten bei den Bestimmungen der Landtagsbeschlüsse vom 4. Oktober 1871 zu verbleiben hat; — in der Erwägung, daß es nach dem genannten Landtagsbeschlüsse vom 4. Oktober 1871 außer Zweifel steht, daß jeder landschaftliche Beamte mit dem Gehalte von 1000 fl. oder darüber bei entsprechender Dauer der Dienstzeit in den Höchstbezug der Quinquennien von 400 fl. gelangen kann; — in der Erwägung endlich, daß es auch an sich als keine Unbilligkeit angesehen werden kann, vielmehr der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse entspricht, daß Beamte, die längere Zeit in einer Gehaltsstufe unter 1000 fl. gedient

haben, auch in einem späteren Zeitpunkte in den Höchstbezug der Quinquennien treten: wird der Petition des Herrn Controlors Gabriel Urbas, betreffend die Berechnung seiner Quinquennalzulagen dem Landesauschusse zur weiteren Erledigung abgetreten.“

Landeshauptmann:

Es sind mir zwei Interpellationen überreicht worden, die eine vom Abgeordneten Herrn Dr. Pözl und Genossen, und die andere vom Herrn Abgeordneten Navratil und Genossen. Ich bitte den Herrn Schriftführer dieselben zu verlesen.

Zapisnikar Pfeifer:

(bere — liest):

Interpelacija.

Prav goste so pritožbe o napakah nahajajočih se v posestnih polah, na podlagi katerih se ima plačevati novi zemljiški davek, — pa temu se ni čuditi, ako je res, kar se je sploh govorilo, da se je pri spisovanju dotičnih posestnih pol veliko manj gledalo na zanesljivost pisalcev, kakor na to, kdo pisanje ceneje preskrbi.

Reklamacije, pripuščene zoper novo vcenitev zemljišč, imele so sicer tudi nalogo odstraniti napake gledé posestnikov, in gotovo se je mnogo takih napak popravilo, vendar pa jih je, kakor se zdaj kaže, še ostalo mnogo, in posebno so ostale take napake, na katerih popravilo dotičniki niso mogli misliti, posebno, ako se je komu pripisalo posestvo v taki občini, v kateri ničesar ni posestoval — katere morebiti še celo poznal ni.

Le naravno je, da tako prizadeti gospodar v prvi vrsti, kolikor moči, odreče plačilo po pomoti mu naloženega davka, in da popravilo napačne posestne pole prosi pri davkarskem uradu, kateri plačilo terjaja.

O vspehu takih prošenj pa so došla podpisanimu od kmetov in gospodov gledé uradnikov, ki imajo nalogo davke prijemati pri c. kr. glavnem davkarskem uradu v Ljubljani, prav nepovoljna naznanila.

Popolnoma zanesljive osebe trdijo namreč, da so omenjeni uradniki nevljudni pri prejemanju davkov sploh, da so nevoljni, ako pridejo stranke koj začetkom uradnih ur, da pa o pritožbah zoper napake v posestnih polah ne samo nič nočejo slišati, ampak take stranke prav nevljudno in osorno odpravljajo. — Ker se nevljudno vedenje uradnikov nikakor ne spodobi, najmanj pa pri uradu, v katerega mnogi davkoplačevalci dohajajo iz zelo oddaljenih krajev, da zadostijo svoji najtežji državljanski dolžnosti s tem, da prinesó dostikrat prav prav težko prislužen davek, — in ker mora dalje tudi slavna c. kr. vlada na to gledati, da se iz dragocenega dela za uravnavo zemljiškega davka odpravijo vse rečne napake ter da se davek terjaja od pravega posestnika zemljišča, — vprašajo podpisani:

1. Ali hoče slavna c. kr. vlada strogo na to gledati, da vsaj davkarski uradniki, kateri redno občujejo z davkoplačevalci, nikdar ne prezirajo svoje dolžnosti vljudnega občenja?

2. Ali hoče slavna c. kr. vlada za to skrbeti, da se v novih posestnih polah nahajajoče napake koj po njihovi izvedbi odpravijo, in da v to brez ugovora pripomorejo davkarski uradniki?

3. Ali je slavno c. kr. vladu volja, davkarskim uradom ukazati, da se koj z oglašenjem napak v posestnih polah ustavi izterjevanje davka od osebe, kateri je bil vsled take napake predpisan?

V Ljubljani 7. oktobra 1882.

Dr. Poklukar.

Luka Robič.	Dr. Vošnjak.
L. Svetec.	Dr. V. Zarnik.
Fr. Potočnik.	Dr. Bleiweis.
Klun.	M. Lavrenčič.
Oton Detela.	Pakiž.
Grasselli.	

Interpelacija

do preblagorodnega gospoda c. kr. deželnega predsednika.

Po §. 1. občinskega volilnega reda za vojvodstvo Kranjsko od 17. februarja 1866. l. imajo pravico voliti: — 2. f. načelniki in višji učitelji občinskih ljudskih šol in vodje, profesorji in učitelji višjih učilnic v občini.

Vzlic tej jasnej postavnej določbi je pri predstojećih občinskih volitvah v Rudolfovem županstvo gg. Florentina Hrovata, vodjo tamošnje ljudske šole, Rafaela Klemenčiča, Bernarda Vovka, Ladislava Hrovata in Ignacija Stavdaharja, c. kr. profesorje na tamošnji gimnaziji, kateri so izpitani in z dekreti od naučnega ministerstva nastavljeni, iz imenika volilcev izpustilo.

Proti tej nepostavnosti o pravem času vložena reklamacija je bila ovržena od reklamacijske komisije, in tudi priziv je bil od c. kr. okrajnega glavarstva Novomeškega odbit, ne da bi ono bilo navedlo kakovih razlogov za svoj odlok. Ker se s tem ravnanjem

c. kr. okrajnega glavarstva v Rudolfovem prelamlja občinski red za Kranjsko, ker se dalje s tem krati državljanom njihova v osnovnih zakonih zagotovljena državljanska pravica, in ker c. kr. okrajno glavarstvo v Rudolfovem pritruje takej nezakonitosti, —

vprašajo podpisani preblagorodnega gospoda deželnega predsednika:

1. ali mu je znano, da se za predstoječe volitve v Rudolfovem vodja ljudske šole in štirje c. kr. profesorji tamošnje gimnazije niso vpisali v imenik volilcev in da je tudi c. kr. okrajno glavarstvo proti tej nezakonitosti vloženi priziv odbilo?

2. Kaj misli storiti, da se v prihodnje zabrani taki deželnim in državnim temeljnim zakonom protivni odloki?

V Ljubljani 7. oktobra 1882.

Navratil.

Luka Robič.	Dr. Vošnjak.
L. Svetec.	Dr. V. Zarnik.
Fr. Potočnik.	Dr. Poklukar.
Klun.	Dr. Bleiweis.
Oton Detela.	M. Lavrenčič.
Grasselli.	Pakiž.

Landeshauptmann:

Ich beehre mich die beiden Interpellationen dem Herrn Landespräsidenten zu übergeben.

Die nächste Sitzung möchte ich anberaumen auf Montag den 9. d. Mts. Vormittag 9 Uhr.

Ich erkläre die heutige Sitzung für geschlossen.

Seja se konča ob 15. minuti čez 2. uro. — Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

